



Vorexpertise

„Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“

Dr. Frank Gesemann, Prof. Dr. Milena Riede

Mit Unterstützung von

Prof. Dr. Günter Rausch, Amanda Groschke und Alexander Seidel



Berlin, April 2019 (durchgesehen im März 2021)

Diese Vorexpertise ist im Rahmen des Projekts „Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (September 2018 bis Juli 2020) entstanden, das vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung beauftragt und begleitet wurde. Die Endergebnisse des Projekts wurden in der Schriftenreihe des vhw veröffentlicht:

Frank Gesemann, Milena Riede, Alexander Seidel, Lea Freudenberg, Amanda Groschke und Antje Bruno 2021: Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Internet: <https://www.vhw.de/publikationen/vhw-schriftenreihe/>

Kontakt

Dr. Anna Becker (Wissenschaftliche Begleitung)

vhw – Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Telefon +49 30 390473-255
E-Mail abecker@vhw.de
www.vhw.de

Dr. Frank Gesemann (Gesamt-Projektleitung)

Geschäftsführer
DESI – Institut für Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration
Nymphenburger Str. 2
10825 Berlin
Telefon +49 30 81486-502
E-Mail Frank.Gesemann@t-online.de
www.desi-sozialforschung-berlin.de

Prof. Dr. Milena Riede (Projektleitung HSAP)

Professur für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik
Hochschule für angewandte Pädagogik
Ostendstr. 1
12459 Berlin
Telefon +49 30 2060 890
E-Mail m.riede@hsap.de
www.hsap.de

Inhalt

1. Zusammenfassung.....	4
2. Einführung	5
3. Begriffsbestimmung Lokale Demokratie.....	8
3.1. Herausforderungen der repräsentativen Demokratie	8
3.2. Potenziale und Herausforderungen der kommunalen Selbstverwaltung	10
3.3. Ausweitung lokaler Beteiligungsmöglichkeiten	11
4. Begriffsklärung Gemeinwesenarbeit	14
4.1. Anfänge der Gemeinwesenarbeit.....	14
4.2. Verständnis der Gemeinwesenarbeit.....	15
4.3. Arbeitsweise von Gemeinwesenarbeit.....	16
4.4. Rolle und Haltung von Gemeinwesenarbeiter*innen	19
4.5. Varianten der Gemeinwesenarbeit und politische Reichweite.....	21
5. Qualität lokaler Demokratie und Wirkungen von Quartiersmanagement	23
5.1. Wirkungsmodell lokaler Demokratie.....	23
5.2. Wirkungsstudien im Bereich Gemeinwesenarbeit.....	25
5.3. Erfolgsdimensionen und Wirkungsindikatoren in der Stadtteilarbeit.....	27
5.4. Modelle in der wirkungsorientierten Evaluation	29
6. Wirkungsgefüge-Modell Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie	33
6.1. Zentraler Beitrag von Gemeinwesenarbeit in drei Themenfeldern	33
6.2. Wirkungsgefüge-Modell von Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie	34
6.3. Erfolgsindikatoren	37
Literatur	40

1. Zusammenfassung

Die **Kommunen** erfüllen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Doppelfunktion: Sie sind eine eigenständige Verwaltungsebene, die den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten bietet, und gleichzeitig eine staatliche Ausführungsinstanz. Angesichts dieser verschiedenen Funktionen befindet sich die Kommunalpolitik in einem fortwährenden Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Legitimation und Effizienz. Aufgrund der geringeren räumlichen Distanzen und der Lebensnähe der politischen Prozesse, gibt es vor Ort vielfältigere Möglichkeiten, Politik mitgestalten. In der Kommune als Keimzelle und Schule der Demokratie ist die Beteiligung an der Kommunalpolitik ein Modell partizipativen Lernens.

Ausprägung und **Qualität lokaler Demokratie** werden von sechs Determinanten geprägt, zu denen die soziale Integration sowie Einstellungen, Einschätzungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger gehören. Es handelt sich dabei nach Ladner und Bühlmann (2007) um ein trichterförmiges Wirkungsgefüge, in dem die Komplexität schrittweise zunimmt: Soziale Integration beeinflusst politisches Interesse, das wiederum eine notwendige, aber nicht unbedingt hinreichende Voraussetzung für politische Kompetenz, politisches Vertrauen und Zufriedenheit ist. Kompetenz wiederum beeinflusst Vertrauen und Zufriedenheit. Alle Einflussfaktoren prägen schließlich die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur politischen Beteiligung.

Gemeinwesenarbeit wirkt hinsichtlich der lokalen Demokratie auf drei Ebenen: der individuellen, der zivilgesellschaftlichen und der kommunalen Ebene. Hierbei lässt sich das umfassende Handeln im Rahmen der Gemeinwesenarbeit auf die folgenden drei Handlungsebenen fokussieren: (1) Stärkung individueller Handlungskompetenzen, (2) Förderung einer lebendigen Zivilgesellschaft und (3). Mitgestaltung von Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune. Diese Handlungsebenen beeinflussen die Determinanten lokaler Demokratie, wobei zunächst der sozialen Integration eine zentrale Bedeutung zukommt und darauf aufbauend Interesse, Kompetenzen, Vertrauen, Zufriedenheit und politische Beteiligung wachsen können.

Das **Wirkungsgefüge-Modell „Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie“** veranschaulicht die Zusammenhänge zwischen den Handlungsebenen von Gemeinwesenheit, den Determinanten lokaler Demokratie und Strategien der Kommunalpolitik. Eine aktive Gemeinwesenarbeit stärkt individuelle Handlungskompetenzen, fördert eine lebendige Zivilgesellschaft und leistet einen Beitrag zur Ausgestaltung von Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune. Die Qualität der lokalen Demokratie wird auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger durch die Form und Stärke der Einflussfaktoren soziale Integration, Interesse, Kompetenz, Vertrauen, Zufriedenheit und politische Beteiligung bestimmt. Die Ausprägung dieser Determinanten – und damit indirekt auch die Wirkungsmöglichkeiten von Gemeinwesenarbeit – werden zudem durch eine aktive Kommunalpolitik beeinflusst, z.B. durch Stadtteilbezug, Diversitätssensibilität, Engagementförderung und Bürgerbeteiligung als wesentliche Elemente einer Politik zur Förderung des sozialen Zusammenhalts.

Dieses Wirkungsmodell wird durch eine **„Strukturierungshilfe für Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie“** konkretisiert, wobei auf die drei Themenfelder: (1) Förderung des sozialen Miteinanders, (2) Verbesserung von kommunikativem Austausch und Konfliktvermittlung sowie (3) Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Zivilgesellschaft fokussiert wird. Diese werden jeweils hinsichtlich der drei Wirkungsebenen Individuum, Zivilgesellschaft und Kommune hin präzisiert, so dass eine Neun-Felder-Matrix entsteht.

2. Einführung

In dieser Vorexpertise werden die Begriffe lokale Demokratie und Gemeinwesenarbeit einleitend definiert und mit theoretischen Annahmen über Wirkungszusammenhänge verknüpft, die zeigen, auf welche Weise Gemeinwesenarbeit zur lokalen Demokratieförderung beitragen kann.

Gemeinwesenarbeit versteht sich als Konzept, Handlungsfeld und Arbeitsprinzip der sozialen Arbeit. Soziale Arbeit und lokale Demokratie stehen in einem „Spannungsverhältnis“ zueinander, die Oehler (2018: 1ff.) aus der Perspektive der Sozialen Arbeit als Spannungsverhältnis zwischen „Verwurzelung“ und „Orientierungslosigkeit“ beschreibt: Soziale Arbeit ist zwar in der Demokratie verwurzelt, habe „aber das Thema Demokratie nicht systematisch im Blick“ (ebd.: 3). Daher sei ihr Beitrag „zur Weiterentwicklung und Gestaltung demokratischer Lebensverhältnisse bis heute weitgehend diffus und klärungsbedürftig geblieben“ (ebd.). Für die Studie „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ ist es daher notwendig, wie in der Aufgabenstellung des Projekts beschrieben, „beide Begriffe einleitend zu definieren und aus einer theoretischen Auseinandersetzung mit den Konzepten ein ‚Modell‘ ihres Wirkungszusammenhanges auf lokaler Ebene abzuleiten. Das Wirkungsgefüge soll idealtypisch abbilden, auf welche Weise Gemeinwesenarbeit direkt und indirekt zur lokalen Demokratieförderung beitragen kann“ (vhw 2018: 3).

Die Vorexpertise ist wie folgt aufgebaut: Im Anschluss an die folgende Darlegung unseres Demokratieverständnisses werden die Begriffe „Lokale Demokratie“ und „Gemeinwesenarbeit“ näher bestimmt, gefolgt von Ausführungen zum aktuellen Stands der Forschung zu den Zusammenhängen von Gemeinwesenarbeit, lokaler Demokratie und Wirkungen. Hierauf aufbauen werden Ziele, Ergebnisse und Indikatoren von Gemeinwesenarbeit als Potenziale für lokale Demokratie diskutiert und in ein Wirkungsgefüge-Modell integriert, das als zentraler Orientierungsrahmen für die Evaluation von Maßnahmen der Gemeinwesenarbeit zur Förderung lokaler Demokratie dienen kann.

Unser Demokratieverständnis

Die Auseinandersetzung mit der Aufgabenstellung der Studie, „ob und inwieweit der bestehende Anspruch von Gemeinwesenarbeit an Demokratieförderung unter den aktuellen Rahmenbedingungen und innerhalb der bestehenden Akteurskonstellationen auf sozialräumlicher Ebene umgesetzt wird und welche darüber hinausgehende Potenziale für die lokale Demokratie durch die Gemeinwesenarbeit bestehen und genutzt werden können“ (vhw 2028: 3) erfordert zunächst eine Klärung unseres Demokratieverständnisses, die Konkretisierung unserer Perspektive und eine Benennung theoretischer Anknüpfungspunkte. Wir fokussieren uns in dieser Studie auf die zivilgesellschaftlichen Merkmale und Voraussetzungen von lokaler Demokratie wie soziale Integration, Vertrauen und Solidarität, politisches Interesse und gesellschaftliche Teilhabe als miteinander verknüpfte Dimensionen von sozialem Zusammenhalt (vgl. Gesemann et al. 2018). Anknüpfungspunkte sehen wir dabei im Demokratieverständnis von John Dewey als Lebensform, in den empirischen Arbeiten zum sozialen Kapital von Robert Putnam, aber auch in den normativen Begründungen einer deliberativen und partizipativen Demokratie von Jürgen Habermas und Benjamin Barber sowie in dem konzeptionellen Entwurf von Hartmut Rosa von Politik als Resonanzraum.

Bereits vor rund einhundert Jahren entwickelte der amerikanische Philosoph und Reformpädagoge John Dewey (1859-1952) ein Demokratieverständnis, das heute wieder besonders aktuell erscheint und auf das auch im Rahmen dieser Studie zurückgegriffen werden soll. Demokratie ist für Dewey „mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey 2011: 121). Demokratie zeichnet sich durch gemeinsame Ziele und Interessen, die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gruppen sowie die Einhaltung der gesellschaftlich geteilten Normen und Regeln aus (vgl. Knoll 2018). Dewey verweist auch auf die Bedeutung des alltäglichen Zusammenlebens: „Die Demokratie muss zu Hause beginnen, und ihr Zuhause ist die nachbarliche Gemein-

schaft (Dewey 2001: 177). Hierbei verbindet er mit Nachbarschaftsgemeinschaften zugleich die Idee einer gelebten Pluralität trotz unterschiedlicher Interessen und einen lebendigen kommunikativen Austausch über die eigene Gemeinschaft hinaus (vgl. Rausch 2017). Eine wesentliche Voraussetzung für eine lebendige Demokratie ist ein starkes Gemeinschaftsgefühl, das auf persönlichen Begegnungen, Vertrauen und Wertschätzung sowie gemeinsamem Handeln beruht (vgl. Knoll 2018).

Einen weiteren Anknüpfungspunkt bietet die soziologische Kategorie des „sozialen Kapitals“, die insbesondere von Robert Putnam (1993, 2000) entwickelt worden ist. Unter sozialem Kapital versteht Putnam interpersonale Netze, soziales Vertrauen sowie gemeinschaftsbezogene Normen und Werte. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen von sozialem Kapital: zum einen Brücken bildendes, inklusives (*bridging*) und zum anderen bindendes, exklusives soziales Kapital (*bonding*). Während bindendes soziales Kapital dazu tendiert, exklusive Identitäten und homogene Gruppen zu stärken, bringt brückenbildendes soziales Kapital Menschen über soziale Trennlinien zusammen. Soziales Kapital in Form von sozialen Netzwerken und freiwilligen Zusammenschlüssen von Menschen hat dabei „interne“ Auswirkungen auf die einzelnen Menschen sowie „externe“ auf das Gemeinwesen insgesamt. Zum einen ermöglichen informelle Netzwerke und freiwillige Zusammenschlüsse die Artikulation, Bündelung und Vertretung von Interessen, andererseits fördern sie die Bereitschaft zur Kooperation sowie den Erwerb sozialer und ziviler Kompetenzen (vgl. Putnam 2000: 338). Eine lebendige Zivilgesellschaft und ein hohes Maß an sozialem Kapital sind eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren (vgl. Putnam 1994; 2000: 344ff.).

Für eine theoretische Fundierung der Studie bietet sich zudem das Modell der deliberativen Demokratie von Jürgen Habermas an. Deliberative Politik ist für Habermas „eine Politik der argumentativen Abwägung, der gemeinsamen Beratschlagung und Verständigung über öffentliche Angelegenheiten“ (Schmidt 2019: 234). Politische Legitimität ist in dieser Perspektive an eine demokratische Willensbildung gebunden, „welche die Ausübung politischer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert, sondern mehr oder weniger auch programmiert“ (Habermas 1992: 364). Rückgrat einer deliberativen Politik ist eine lebendige Zivilgesellschaft, die gesellschaftliche Interessen und Erfahrungen bündelt und Einfluss nimmt auf die institutionalisierte Meinungs- und Willensbildung. Die Zivilgesellschaft setzt sich aus mehr oder weniger spontan gebildeten Bewegungen, Vereinigungen und Organisationen zusammen, die gesellschaftliche Problemlagen aus den privaten Lebensbereichen der Menschen aufnehmen, kondensieren und in die politische Öffentlichkeit tragen (ebd.: 443). Eine deliberative Politik ist allerdings auf weitere „Ressourcen der Lebenswelt“ wie eine „freiheitliche politische Kultur“ und eine „aufgeklärte politische Sozialisation“ angewiesen (vgl. Habermas 1999: 292) und erfordert eine „Kombination vernünftiger Kommunikation mit der Teilnahme aller potenziell Betroffenen am Entscheidungsprozess“ (Habermas 2007: 431).

In seinem Werk „Starke Demokratie“ (1984, deutsch 1994) entwirft Benjamin Barber eine normative Theorie einer lebendigen, partizipativen Demokratie. Partizipation sieht er als Wert an sich, da er das lokale Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen stärke und Vertrauen und Solidarität generiere. Zentrale Merkmale einer starken Demokratie und einer lebendigen Bürgerschaft seien Teilnahme und Gemeinschaft. In der Zivilgesellschaft „sprechen wir mit unseren Nachbarn über die Einstellung eines Schülerlotsen, planen eine Benefizaktion für die örtliche Schule, diskutieren darüber, wie unsere Kirche oder Synagoge Obdachlosen eine Unterkunft schaffen kann, oder wir organisieren ein Softball-Sommerturnier für unsere Kinder. In diesem Bereich sind wir ‚öffentliche‘ Wesen, wie eine Regierung haben wir einen Sinn für öffentliche Aufgaben und Achtung vor dem Gemeinwohl“ (ebd.: 281).

In seinem Buch „If Majors Ruled the World“ entwirft Barber (2013) zudem das Modell einer kosmopolitisch angelegten Demokratie, die er in lokalen und städtischen Kulturen verankert sieht. Politisches Leben beginne stets in der Nachbarschaft, in Kommunen und Städten. Die lebensweltliche Nähe kollektiver Entscheidungen

„eröffneten nicht nur die Chance auf wirkungsvolle kollektive Selbstbestimmung, sondern steigerten auch das Interesse an politischer Partizipation“ (Kieselstein 2017: 20).

Mit der Konzeptualisierung von „Politik als Resonanzsphäre“, in der die „Welt der öffentlichen Institutionen und die Strukturen des kollektiv geteilten Lebens“ *zum Sprechen* gebracht beziehungsweise *responsiv* gemacht werden, erweitert Hartmut Rosa (2016: 73) das Verständnis von Demokratie. Diese basiert fundamental auf der Vorstellung, „dass ihre Form der Politik jedem Einzelnen *eine Stimme gibt und sie hörbar macht*, so dass die politisch gestaltete Welt zum Ausdruck ihrer produktiven Vielstimmigkeit wird“ (ebd.: 366). *Politikverdrossenheit* lässt sich dann als „Ausdruck eines um sich greifenden Verstummens dieser Resonanzachse“ verstehen (ebd.: 73f.). Unter Demokratie versteht Hartmut Rosa somit nicht in erster Linie „das Aushandeln und Verhandeln von (Rechts-)Ansprüchen und Interessenkonflikten“, sondern „einen anhaltenden Prozess der Sensibilisierung für die Vielfalt der Stimmen im Sinne von Perspektiven, Existenzweisen und Weltbeziehungen“ (ebd.: 368). Die Suche nach Resonanz könnte nach Hartmut Rosa den „Beginn eines neuen politischen Zeitalters“ markieren, in dem „innovative demokratische Institutionen“ einen „politischen Resonanzraum“ auch unter den Bedingungen von Internationalisierung und globaler Vernetzung zu etablieren vermögen: „Vielleicht sind diese Institutionen bereits im Entstehen begriffen – nicht unbedingt an den großen Schauplätzen des Protests, aber etwa dort, wo sich neue Formen des Zusammenhandelns und des gemeinschaftlichen Gestaltens entwickeln“ (Rosa 2016: 379f.).

Die Förderung der lokalen Demokratie sollte somit bei der Zivilgesellschaft ansetzen, da nachbarschaftliches Miteinander, Engagement und Solidarität, politisches Interesse und gesellschaftliche Teilhabe nicht nur Ausdruck einer lebendigen, partizipativen Demokratie, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren sind (vgl. Wiesner 2018: 30).

Anknüpfungspunkte für eine Förderung der lokalen Demokratie werden in der Sozialen Arbeit vor allem in der Entwicklung einer demokratischen Professionalität sowie in den Arbeitsfeldern von Gemeinwesenarbeit und Stadtteilarbeit gesehen. Patrick Oehler (2018: 253ff.) hat in diesem Kontext Handlungsleitlinien demokratischer Professionalität erarbeitet, die als strategische Anhaltspunkte und Orientierungen für das professionelle Handeln dienen sollen. Im Zentrum einer demokratischen Professionalität von Sozialer Arbeit steht dabei eine dialogogische Grundhaltung („Dialogisch handeln und alle relevanten Akteure miteinbeziehen und beteiligen“), da Demokratie „den Dialog als ein selbstreflexives Moment offener Kommunikation [braucht]“ (ebd.: 267). Lokale Demokratie werde dadurch gestärkt, dass zum einen Fachkräfte aus verschiedenen Arbeitskontexten der sozialen Arbeit Partizipationsmöglichkeiten in der lokalen Stadtentwicklung nutzen und zum anderen Städte ihre intermediäre Infrastruktur als Scharniere zwischen Quartiersbevölkerung und Verwaltung ausbauen (ebd.: 303).

Wie bereits in der Ausschreibung zur Studie hervorgehoben, könnte „eine aktivierende Gemeinwesenarbeit, die unmittelbar an der Lebenswelt und Fähigkeit der Individuen ansetzt, und auf Empowerment und Selbstbestimmung abzielt, (... ein oftmals unterschätztes demokratieförderndes Potenzial entfalten“ (vhw 2018: 2). Potenziale der Gemeinwesenarbeit sehen wir dabei vor allem auf drei Ebenen: (1) in der Förderung von Demokratie als sozialer und kultureller Lebensform, die mit einer Akzeptanz von Diversität und Meinungsvielfalt sowie einem zivilen, lernenden Umgang miteinander einhergeht, (2) in der Ermöglichung kommunikativen Austauschs in verschiedenen Settings sowie (3) in der Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten und der brückenbauenden Stärkung einer aktiven Zivilgesellschaft.

Das Potenzial der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie liegt somit vor allem in der Aktivierung und Stärkung von Individuen sowie in der Ermöglichung kollektiver Selbstwirksamkeitserfahrungen:

„In Formen des gemeinsamen Handelns machen Individuen nicht nur die Erfahrung sozialer Resonanzbeziehungen, in denen sie sich wechselseitig erreichen, antworten und verstärken, sondern sie erleben auch ihre Fähigkeit, etwas erreichen und bewegen zu können, mithin also gleichsam weltwirksam zu sein“ (Rosa 2016: 275).

Mit der Förderung einer lebendigen Zivilgesellschaft und der Erschließung lokaler Beteiligungsstrukturen könnte eine aktivierende Gemeinwesenarbeit einen Beitrag zur Etablierung eines „politischen Resonanzraums“ leisten, der lokale Demokratie stärkt.

3. Begriffsbestimmung Lokale Demokratie

3.1. Herausforderungen der repräsentativen Demokratie

Gesellschaft und Politik sind durch aktuelle Trends wie Digitalisierung und Globalisierung, weltweite Migrations- und Fluchtbewegungen, sozioökonomische Disparitäten und sozialräumliche Polarisierung geprägt. In fast allen westlichen Gesellschaften gibt es seit Ende der 1980er Jahre einen Trend zur Zunahme der sozialen Ungleichheit – Wachstums- und Globalisierungsdividende sind ungleich verteilt. Eine Öffnung der Ungleichheitsschere auf dem Arbeitsmarkt zwischen hoch und gering Qualifizierten, eine wachsende Vermögenskonzentration, eine Verfestigung von Armut sowie eine reduzierte soziale Mobilität lassen sich beobachten. Doch neben sozio-ökonomischen Ungleichheiten und zunehmender Statusunsicherheit treten auch verstärkt sozio-kulturelle Spaltungslinien zutage. Durch Globalisierungsprozesse, Migrations- und Fluchtbewegungen sowie die Entstehung transnationaler Milieus wird das Modell geschlossener Nationalstaaten herausgefordert, wobei diejenigen begünstigt werden, die über hohes Humankapital verfügen, flexibel und mobilitätsbereit sind (z.B. Mau 2017).

Einen besonderen Impuls haben die Asylsuchenden und Flüchtlinge ausgelöst, die seit dem Sommer 2015 nach Deutschland gekommen sind. Zahlreiche Menschen engagieren sich seitdem für Geflüchtete und bieten zeitnah und unbürokratisch Beratung und Unterstützung an. In vielen Städten und Quartieren sind Begegnungsprojekte durch zivilgesellschaftliche Initiativen entstanden. Viele organisieren sich aber auch, um ihre Ablehnung dieser gesellschaftlichen Veränderungen auszudrücken. Die Flüchtlingszuwanderung ist daher mittlerweile zu einem Synonym für die desintegrativen Entwicklungstendenzen in der Gesellschaft geworden. Die Erfolge der rechtspopulistischen *Alternative für Deutschland (AfD)* an den Wahlurnen spiegeln diese Entwicklung ebenso wieder wie die Spaltungslinien zwischen jenen, die sich für die Geflüchteten und eine offene Gesellschaft einsetzen sowie denen, die für eine Rückführung von Flüchtlingen und eine Abweisung von Asylsuchenden an den Außengrenzen der Europäischen Union demonstrieren und votieren (vgl. Gesemann, Seidel und Mayer 2019).

Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Miteinander in Städten ist in den vergangenen Jahren zu einem Kernthema politischer Debatten geworden. Neben den benannten Spaltungstendenzen lässt sich aber auch eine sich verstärkende sozialräumliche Disparität und eine wachsende Polarisierung von Stadträumen und Wohngebieten beobachten, womit die Herausbildung von Räumen mit einer Kumulation von Problemen einhergeht (vgl. Gesemann, Schwarze und Seidel 2019). Nimmt man aktuelle gesellschaftspolitische und sozialräumliche Entwicklungen in den Blick, zeigen sich neben den genannten Entwicklungen weitere Befunde, die eine Herausforderung für die lokale Politik darstellen (siehe ausführlich Schnur 2016):

- eine zunehmende Urbanisierung bei gleichzeitiger Fragmentierung von Städten,
- Alterungs-, Schrumpfungs-, Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozesse in Städten,

- eine fortschreitende Individualisierung, eine damit einhergehende Entfaltung individueller Lebensstile und eine auch sozialräumliche Ausdifferenzierung sozialer Milieus,
- eine zunehmende ethnische, sprachliche, kulturelle und religiöse Vielfalt der Bevölkerung durch demographischen Wandel und Zuwanderung,
- eine erhöhte Mobilität der Menschen und Erweiterung der Aktionsräume, neue Formen internationaler Migration und Zunahme transnationaler Identitäten (Leben und Arbeiten an mehreren Orten),
- ein Wandel der Arbeitsgesellschaft, die mit einer zunehmenden Flexibilisierung und neuen Formen des Arbeitens einhergeht (Coworking, Homeoffice etc.),
- eine Ausbreitung sozialer Netzwerke, die weit über den Wohnort hinausgehen, aber auch neue Nutzungsmöglichkeiten zum Austausch in der Nachbarschaft (Nachbarschaftsportale) mit sich bringen,
- neue Formen nachhaltigen Konsums und kollaborativer Ökonomie („Shared Economy“, „Urban Commons“),
- eine zunehmende Bedeutung von bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die ihren Wunsch auf Beteiligung artikulieren und einfordern.
- neue soziale Protestformen und soziale Bewegungen in der Stadt („Recht auf Stadt“).

Diese sozioökonomischen, sozialräumlichen und soziokulturellen Veränderungsprozesse gehen einher mit einer Debatte über eine „Krise der Demokratie“ (Merkel 2015; 2016) und die Funktionalität des politischen Systems. Diagnostiziert wird eine „schleichende demokratische Ermüdung“, die sich „in sinkender Wahlbeteiligung, in Alterung und Schrumpfung der Parteienmitgliedschaft, aber auch im rapide nachlassenden Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der politischen Führung und der klassischen Institutionen der liberal-repräsentativen Demokratie, vor allem der Parlamente und Regierungen“ zeigt (Nolte 2011: 6; siehe auch Appadurai 2017).

In der Zusammenschau vieler Einzelanalysen diagnostiziert Wolfgang Merkel (2015b) zwar keine Krise der Demokratie, aber Erosionserscheinungen in zentralen Bereichen. Folgende Herausforderungen stehen dabei im Vordergrund (vgl. Merkel 2015b):

- die wachsende sozioökonomische Ungleichheit geht mit einer geringeren Wahlbeteiligung und einem geringeren Wissen über Politik in den unteren Schichten einher. Das behindert die Interessenvertretung und gefährdet das demokratische Gleichheitsprinzip in Partizipation und Repräsentation;
- die verringerte Bandbreite wirtschafts- und sozialpolitischer Politikangebote der Parteien beeinträchtigt die Möglichkeiten konventioneller Partizipation und Repräsentation;
- der deregulierte (Finanz-) Kapitalismus gefährdet das demokratische Primat staatlicher Handlungsfähigkeit;
- die Globalisierung der Märkte, der Probleme und der politischen Entscheidungen fordert die nationalstaatlichen Demokratien heraus;
- die Reaktionen auf gewaltförmige Konflikte und internationaler Terrorismus erhöhen die Spannung zwischen kollektiver Sicherheit und individueller Freiheit.

Reformpotenziale der Demokratie werden im Bereich der politischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, zumeist in einer Kombination politisch-repräsentativer, direktdemokratischer und dialogorientierter, kooperativer Elemente gesehen (vgl. Gabriel/Kersting 2014; Geißel et al. 2014). Diese lassen sich vor allem auf der lokalen Ebene erschließen, denn dort bieten sich aufgrund der geringeren Distanzen zwischen Politik, Verwaltung und lokaler Bevölkerung bessere Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger (vgl. Bogumil/Holtmann 2013).

3.2. Potenziale und Herausforderungen der kommunalen Selbstverwaltung

Die Kommunen¹ erfüllen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Doppelfunktion: Sie sind eine eigenständige Verwaltungsebene im Bundesstaat, die den Bürgerinnen und Bürgern besondere Mitwirkungsmöglichkeiten bietet, und gleichzeitig eine wichtige staatliche Ausführungsinstanz. Zum einen werden in den Kommunen aufgrund des im Grundgesetz verankerten Selbstverwaltungsrechts² viele politische Entscheidungen getroffen, die die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig prägen. Örtliche politische Prozesse sind zudem anschaulich und lebensnah und bieten vielfältige Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Zum anderen sind die Kommunen für die Ausführung wichtiger staatlicher Aufgaben verantwortlich, die auch in Zeiten eines europäischen Mehrebenensystems unverzichtbar sind. Angesichts dieser verschiedenen Funktionen stehen die Kommunen in einem fortwährenden „Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Legitimation und Effizienz“, welches durch neuere Entwicklungen und Herausforderungen³ an Bedeutung und Brisanz gewinnt (vgl. Bogumil/Holtmann 2013: 8f.).⁴

Herausforderungen und Spannungsfelder der kommunalen Selbstverwaltung

- Verengung kommunaler Handlungsspielräume angesichts schwieriger Haushaltssituation;
- Modernisierung der Verwaltung durch betriebswirtschaftliche Instrumente;
- Kommunalisierung staatlicher Aufgaben ohne gleichzeitige Bereitstellung ausreichender Ressourcen;
- Folgen der Privatisierung und Ausgliederung kommunaler Leistungen;
- Soziale und wirtschaftliche Folgen des demographischen Wandels;
- Sozialräumliche Segregation in Städten als Folge sozialer Ungleichheit;
- Zunehmende Distanz zwischen Parteien und Bürger*innen, Rückgang der lokalen Wahlbeteiligung;
- Änderungen der Kommunalverfassungen, Einführung direktdemokratischer Elemente;
- Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und „Renaissance“ der Bürgerbeteiligung;
- Ausweitung von Formen kooperativer Demokratie (Dialogisch orientierte und auf kooperative Problemlösungen angelegte Verfahren der Bürgerbeteiligung).

Trotz aller Ambivalenzen, Herausforderungen und Spannungsfelder kommt der kommunalen Ebene aber eine wichtige Rolle als Arena für Engagement und Beteiligung zu: Die Identifikation mit dem Quartier und der Kommune, sozialräumliche/stadtteilbezogene Angebote und Dienstleistungen sowie niedrigschwellige Strukturen der Engagementförderung stärken die Bereitschaft von Menschen, sich für ausgewählte Zielgruppen, das Miteinander vor Ort oder die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzusetzen (vgl. Gese- mann/Roth 2015). Die starke Stellung der Kommunen als Träger öffentlicher Investitionen in die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur eröffnet zudem Räume für Engagement und Beteiligung. Bürgerinnen und Bürger können Entscheidungen über den Bau von Kindertageseinrichtungen und Schulen, das kulturelle Angebot sowie die Erschließung und Gestaltung neuer Wohngebiete beeinflussen. In der Kommune

¹ Mit dem Begriff Kommune werden in Deutschland die Gemeinden, die kreisfreien und kreisangehörigen Städte sowie die Landkreise bezeichnet. „Gemeinde“ lautet die wörtliche Übersetzung und betont das Gemeinsame sowie Gemeinschaftliche.

² Artikel 28, Absatz 2 Grundgesetz garantiert das Recht der Gemeinden, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ in eigener Verantwortung zu regeln“.

³ Zu Herausforderungen und Spannungsfeldern in der lokalen Politik und Verwaltung siehe die Beiträge in Haus/Kuhlmann 2013.

⁴ Die Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland – mit den Spannungsfeldern von „selbstgesetzter Autonomie und staatlichen Eingriffen“ (Bogumil/Holtkamp 2013: 48), dem betriebswirtschaftlich inspirierten Selbstverständnis als „Konzern Stadt“ und dem Reformmodell der „Bürgerkommune“ kann im Rahmen dieser Vorexpertise nicht nachgezeichnet werden (siehe hierzu Bogumil/Holtkamp 2013: 14ff; Roth 2017: 144ff.).

als „Keimzelle der Demokratie“ wird die Beteiligung an der Kommunalpolitik als Modell partizipativen Lernens gewertet:

„In der Zusammenarbeit mit anderen können die Bürger demokratische und kooperative Werte und Normen lernen, den Umgang mit demokratischen Spielregeln einüben und die für das Lösen politischer Probleme erforderlicher Kompetenzen“ (Gabriel 2013: 381).

Aufgrund der geringen räumlichen Distanzen und der Lebensweltnähe der politischen Prozesse werden der lokalen Ebene bessere Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeiten zugeschrieben:

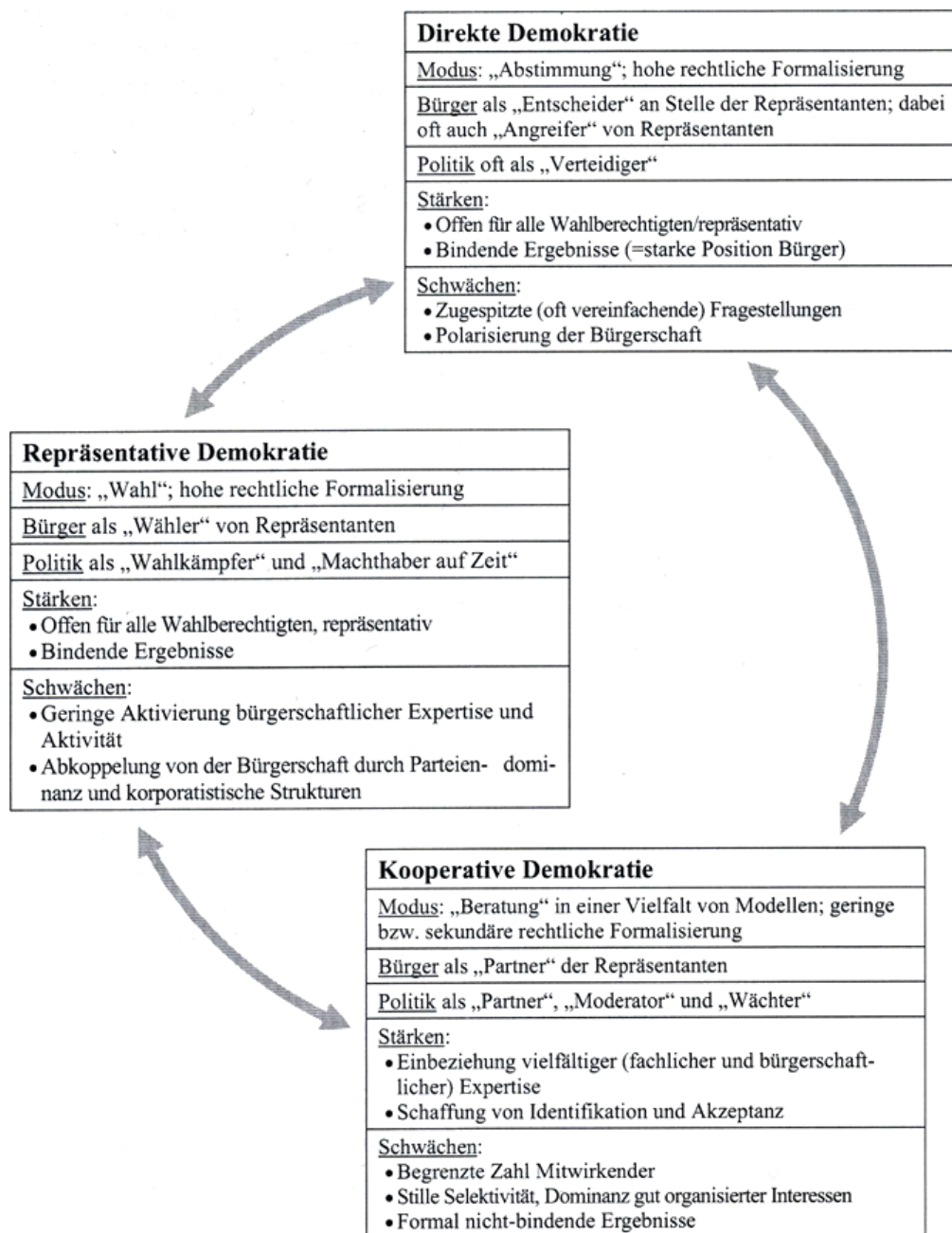
„Vor Ort sind vielfache Kontaktflächen zum Bürger gegeben, die Kontaktformen vielgestaltig, die Beeinflussungsformen intensiv und die Beziehungsqualität gestaltbar. Deshalb besteht hier, wo die Auswirkungen von Politik, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem besonders anschaulich und erfahrbar sind, die Chance, Politik in größerem Umfang mitzugestalten und die Bürger in das politisch-administrative System zu integrieren. Die lokale Ebene ist also die Ebene umfassender Mitwirkungsmöglichkeiten. In den Kommunen werden demokratische Verhaltensweisen und politische Fähigkeiten ausgebildet, nämlich das Erlernen von Zusammenarbeit, die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen, das Austragen von Meinungsverschiedenheiten, die Suche nach Kompromissen und das Ausüben von Einfluss. Aus dieser Perspektive sind die Kommunen die ‚Schule der Demokratie‘“ (Bogumil/Holtkamp 2013: 8).

Sozialer Zusammenhalt – als Ausdruck sozialer Beziehungen, von Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung – wird zudem vor allem auf lokaler Ebene erfahren und gelebt: „*Erstens* zeigt sich eine große Diskrepanz zwischen der Einschätzung des Zusammenhalts in Deutschland und der (besseren) Bewertung des Miteinanders im eigenen Ortsteil. *Zweitens* ist das subjektive Gerechtigkeitsempfinden ... deutlich positiver als die Wahrnehmung der allgemeinen Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. *Drittens* zeigen die Menschen tendenziell mehr Vertrauen in lokale Parteien und Politiker, in die Stadt- und Gemeindeverwaltung sowie in lokale/regionale Medien als in Parteien/Politiker im Allgemeinen, in Bundes- und Landesregierung sowie in überregionale Medien. Die meisten Menschen fühlen sich zudem *viertens* sehr mit ihrer Stadt verbunden: Die gefühlte Verbundenheit mit der eigenen Stadt ist etwas höher als die mit dem Bundesland und fast so hoch wie die mit Deutschland (Gesemann, Schwarze und Seidel 2019: 12).

3.3. Ausweitung lokaler Beteiligungsmöglichkeiten

Demokratische Teilhabe umfasst zwei Formen der Bürgerbeteiligung, zum einen das gemeinwohlorientierte bürgerschaftliche Engagement, zum anderen die politische Partizipation an öffentlichen Entscheidungsprozessen. Letztere kann wiederum unterschieden werden in (1) politisch-repräsentative Beteiligungsformen, (2) direkt-demokratische Elemente und (3) dialogorientierte Beteiligungsverfahren einer kooperativen Demokratie. Eine weitere Partizipationsform stellt die Ausübung demokratischer Grundrechte wie die Teilnahme an Wahlen, Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen dar (Damkowski/Rösener 2003: 61f.; Gabriel/Kersting 2014: 44). Paul-Stephan Roß (2012: 273) unterscheidet drei Modi demokratischer Mitwirkung: Repräsentative, direkte und kooperative Demokratie. In diesen unterschiedlichen Modi demokratischer Mitwirkung nehmen Bürger und Politik unterschiedliche Rollen ein, wobei sich jeweils Stärken und Schwächen zeigen (siehe *Abbildung 1*).

Abbildung 1: Modi demokratischer Mitwirkung



Quelle: Roß (2012: 273)

In Deutschland wurden die gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten vor allem in den Jahren nach der Wiedervereinigung ausgebaut. In deren Folge verankerten die Bundesländer verstärkt direktdemokratische Formen der Beteiligung in ihren Landesverfassungen und Gemeindeordnungen bzw. erleichterten die Nutzung dieser Instrumente. Um eine bessere Einbeziehung von Bewohnerinnen und Bewohnern in die Vorbereitung von politischen Entscheidungen zu ermöglichen, wurden zudem verschiedene Formen von Bürgerdialogen entwickelt, sodass in Ländern und Kommunen seitdem ein breites Spektrum verfasster und nicht verfasster Beteiligungsmöglichkeiten existiert. Die Ergebnisse empirischer Forschungen zeigen, dass die Ausdifferenzierung der Beteiligungsmöglichkeiten mit einer verstärkten Nutzung unkonventioneller, direkt-demokratischer und dialog-orientierter Partizipationsformen einhergeht (vgl. Gabriel/Kersting 2014: 43f.).

Die Ursachen des Wandels von Engagementformen und Beteiligungsstrukturen sind relativ gut erforscht. Hierbei sind die wichtigsten Antriebskräfte des gewachsenen sozialen und politischen Engagements der Anstieg des Bildungsniveaus, die Ausbreitung von Selbstverwirklichungswerten und die kognitive Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten. Zahlreiche Umfragen belegen, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nach mehr direkter politischer Beteiligung verlangt, nach Mitsprachemöglichkeiten bei großen Infrastrukturprojekten, aber auch im Alltag vieler öffentlicher Einrichtungen wie beispielsweise Kindergärten oder Schulen (vgl. ebd.: 45).

Mit dem Wandel von Beteiligungsansprüchen und Beteiligungsformen verändert sich auch das Verhältnis zwischen Bürger*innen, Kommunalpolitik und -verwaltung. Eine Vielzahl selbstorganisierter, oft thematisch ausgerichteter Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern fordert eine konkrete Einbindung in politische Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse. In diesem erweiterten, zunehmend unstrukturierten Feld lokaler Akteure wird der demokratische Interessenausgleich immer vielschichtiger und stellt wachsende Anforderungen an alle Beteiligten. Hierbei sollte insbesondere auch die demokratische Teilhabe von Menschen aus benachteiligten Gruppen gestärkt werden (vgl. Gesemann et al. 2017).

Allerdings kommen empirische Untersuchungen zu Elementen der kooperativen Demokratie zum Teil auch zu ernüchternden Ergebnissen: Sie zeigen, „dass Bürgerforen häufig nicht zu einem Abbau der Politik(er)verdrossenheit beitragen, sondern diese durch die mangelnde Umsetzung der Beteiligungsergebnisse forcieren. Hinzu kommen eine extrem sozialelektive Zusammensetzung, die Externalisierung von Kosten auf unbeteiligte Dritte und eine mangelnde Transparenz bei den vielen zeitgleich ablaufenden Beteiligungsverfahren. (...) Darüber hinaus entstehen in Bürgerforen häufig relativ einseitige Sichtweisen, und mögliche Interessen- und Zielkonflikte werden kaum thematisiert“ (Holtkamp 2007: 375).

In der Ausweitung lokaler Beteiligungsmöglichkeiten werden aber – trotz der beschriebenen Herausforderungen und Spannungsfelder – zentrale Potenziale für eine „Demokratisierung der Demokratie von unten“ gesehen. Argumentiert wird *erstens* damit, dass die kommunale Ebene am geeignetsten ist, um die Bürger kontinuierlich an der Politik zu beteiligen. Neue Angebote und innovative Formen der Beteiligung könnten der bestehenden Politikverdrossenheit und der Skepsis gegenüber einer rein repräsentativen Demokratie entgegenwirken. Bund und Länder könnten *zweitens* von den kommunalen Erfahrungen mit der Erprobung neuer Beteiligungsangebote und Demokratieformen lernen (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013: 187):

Die Kommunen sollten als Experimentierbaustelle genutzt werden, um unterschiedliche Demokratiereformen auszuprobieren. Wo sollte auch sonst mehr Demokratie gewagt werden, wenn nicht in den Kommunen?“ (Bogumil/Holtkamp 2013: 212f.).

Zusammenfassung der Begriffsbestimmung lokale Demokratie

Gesellschaft und Politik sind durch aktuelle Trends wie Digitalisierung und Globalisierung, weltweite Migrations- und Fluchtbewegungen, sozioökonomische Disparitäten, sozialräumliche und sozio-kulturelle Spaltungslinien herausgefordert. Zugleich zeigen sich Erosionserscheinungen in zentralen Bereichen der repräsentativen Demokratie wie eine zunehmende Wahlenthaltung und geringere politische Kompetenzen in unterprivilegierten Schichten, eine verringerte Bandbreite wirtschafts- und sozialpolitischer Politikangebote der Parteien, die Globalisierung von Märkten, Problemen und politischen Entscheidungen sowie der Aufstieg rechtspopulistischer und nationalistischer Bewegungen. Zentrale Potenziale für eine Bewahrung des sozialen Zusammenhalts und Reform der Demokratie werden dabei der Kommune als „Schule der Demokratie“ zugeschrieben, wo demokratische Verhaltensweisen und politische Fähigkeiten, das Austragen von Meinungsverschiedenheiten, die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen und die Suche nach Kompromissen erlernt und eingeübt werden.

4. Begriffsklärung Gemeinwesenarbeit

Um Gemeinwesenarbeit und insbesondere auch ihre politische Dimension besser zu verstehen, ist zunächst ein Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung erforderlich, da bereits von den Anfängen der Gemeinwesenarbeit an basisdemokratische und strukturverändernde Ansätze prägend waren. Des Weiteren ist eine fundierte Auseinandersetzung mit der Arbeitsweise und den Arbeitsprinzipien, der Rolle und Haltung von Gemeinwesenarbeiter*innen sowie mit verschiedenen Konzepten der Gemeinwesenarbeit hilfreich, um die demokratiefördernde Wirkung im Gemeinwesen sichtbar zu machen und die Grundlage für ein Wirkungsmodell zu legen.

4.1. Anfänge der Gemeinwesenarbeit

Gemeinwesenarbeit kann in Deutschland, vor allem aber in den angloamerikanischen Ländern auf eine lange Tradition verweisen. Sie entwickelte sich im Zusammenhang mit der Industrialisierung und der Sozialen Frage, also der Bewältigung der Massenarmut. In England entstand 1884 in Whitechapel, einem Londoner Armenviertel, die Settlement-Bewegung. Kernidee dieser neuen Settlement-Bewegung ist die Übersiedlung gebildeter Mittelschichtsangehöriger in die Elendsquartiere, um in speziellen „Niederlassungen“ (Settlements) unter den Armen zu leben. Mit ihren neuen Nachbarn organisierten die „Settler“ nicht nur unmittelbare Hilfen für Notleidende, sondern bemühten sich auch um strukturelle Veränderungen im Wohngebiet sowie auf kommunaler und gesellschaftlicher Ebene. Es folgten Freizeit- und Bildungsangebote, Gruppenleben und Mitwirkung wurden eingeübt. Vor allem stellte man die Räume und den organisatorischen Rahmen zur Verfügung. Es ging in *Toynbee Hall* im Kern um den Erwerb demokratischer Einstellungen und Kompetenzen und es galt als wichtigste Bürgerpflicht, sich an Diskussionen der Gemeinschaftsangelegenheiten zu beteiligen (vgl. Wendt 1990: 150f.).

Zum wohl bekanntesten Settlement-Projekt des 19. Jahrhunderts entwickelte sich, unter der Leitung von Jane Addams (1860-1935), das *Hull House* in Chicago. Auch hier stand zunächst die Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse im Vordergrund, ihre Mitglieder engagierten sich aber auch in politischen Auseinandersetzungen

„Die Residents erkannten bald, dass ihre Aktivitäten erst dann eine dauernde Veränderung und Verbesserung des Lebens im Wohngebiet bedeuten konnten, wenn sie sich in der kommunalen Politik fortsetzten. Die ‚settlement workers‘ mischten sich ein, beteiligten sich an der lokalen Selbstverwaltung und ermunterten andere Bewohner zu politischem Handeln“ (Wendt 1990: 151).

Sie begegneten einander auf Augenhöhe. Gemeinwesenarbeit war somit von Anfang an, von einer konsequent demokratischen Grundhaltung und -ordnung geprägt. Auch was wir in Deutschland heute immer wieder als „Empowerment“ bezeichnen und einüben, war schon seinerzeit ein selbstverständliches Handlungsprinzip. Diese Settler gingen „von der ungebrochenen Überzeugung aus, dass Menschen fähig sind, ihr Leben selbst zu bestimmen und zu gestalten, wenn sie daran nicht zwanghaft durch die sozialen Umstände gehindert werden, unter denen sie leiden“ (Müller 1988: 94).

In Deutschland entstand in Anlehnung an diese ersten „Gemeinwesenarbeitsprojekte“ in England und den USA 1901 das *Volksheim* in Hamburg und weitere folgten. Insbesondere Hertha Kraus (1897-1968), eine deutsche Emigrantin, unterstützte nach 1945 im Auftrag des Dachverbandes der amerikanischen Quäker den Neuaufbau von *Community Work* in Deutschland. Kraus empfahl „Community organization“ als Aufgabe wie als Methode, die weit über das Anwendungsgebiet der Sozialen Arbeit hinausginge, „aber Sozialarbeit ohne Community organization wäre kaum denkbar. Letzten Endes handelt es sich um ein Stück Lebensäußerung der Mitbürger eines ganzen Volkes, die das Recht haben und nutzen, an allen Aufgaben der Gemeinschaft in freiwillig gewählter Verantwortung aktiv mitzutun“ (Kraus 1951: 191). Lange wurde um eine angemessene

Übertragung des „Community-Begriffes“ ins Deutsche gerungen und mit der Wendung „Gemeinwesenarbeit“ schien schließlich eine Kompromissformel gefunden worden zu sein, die sowohl territoriale, politische und soziale Elemente als auch den personalen und menschlichen Faktor einschließt (vgl. Boer/Utermann 1970: 30). Erst 1963 entstand in Köln das erste bedeutsame Gemeinwesenarbeitsprojekt in einer Obdachlosensiedlung (vgl. Hinte/Karas 1989: 24). Andere Projekte folgten, vor allem in Hochhaussiedlungen an den Rändern der Großstädte (vgl. Hubbertz 1984). Die Gemeinwesenarbeit gelangte in Deutschland zu Beginn der 1970er Jahre zu einer kurzen Hochblüte. Im Gefolge der 1968er Studentenbewegung bezog sie über die Hilfe zur Selbsthilfe hinaus eine gesellschaftspolitische Perspektive in ihre Arbeit mit ein. Sie verstand sich als Reformbewegung von unten, deren Ziel nicht nur die Aktivierung, sondern, darüber hinaus gehend, die Emanzipation der Bürger*innen und die Demokratisierung der Gesellschaft war.

Wie anhand der geschichtlichen Entwicklung der Gemeinwesenarbeit deutlich wird, war und ist Gemeinwesenarbeit immer recht stark vom jeweiligen Zeitgeist geprägt und befasst sich mit den Zusammenhängen zwischen individueller Aktivierung einerseits und gemeinschaftlichem Handeln andererseits. Es geht um allseitige Bildung, Empowerment von Einzelnen und Gruppen sowie eine politische Interessensvertretung für die Anliegen der Menschen vor Ort.

4.2. Verständnis der Gemeinwesenarbeit

Die Einordnungs- und Charakterisierungsversuche von Gemeinwesenarbeit sind vielfältig und reichen von Gemeinwesen als Methode, Prozess, Strategie, Arbeitsprinzip und Handlungsfeld bis hin zum Konzept (vgl. Stövesand/Stoik 2013: 17). Entscheidend ist, dass die Gemeinwesenarbeit in Deutschland, im Unterschied zum Beispiel zu den USA, zunächst nahezu einhellig in den Kontext der Sozialarbeit gestellt wurde.⁵ Viele Jahre wurde die Gemeinwesenarbeit neben Einzelarbeit und Gruppenarbeit als dritte „Methode“ der Sozialen Arbeit an den Hochschulen gelehrt. Lange wurde sowohl in der Disziplin als auch in der Profession von einer Dichotomie der Gemeinwesenarbeit ausgegangen. Sie wurde zumeist einerseits als Arbeitsprinzip und andererseits als Arbeits- bzw. Handlungsfeld entwickelt und mitunter wurde beides zugleich entfaltet. Seit einigen Jahren wird darüber hinaus auch von Gemeinwesenarbeit als Konzept gesprochen, weshalb diese Überlegungen hier ergänzt werden.

Als Arbeitsfeld wird Gemeinwesenarbeit insbesondere dann konzipiert, wenn soziale Probleme bzw. sozial-räumliche, soziostrukturelle Probleme der Stadt bzw. der Stadtteile eine zielgruppenübergreifende und mehrdimensionale Vorgehensweise erfordern. Martin (2013) spricht auch von der Arbeit in und mit größeren sozialen Systemen. Gemeinwesenarbeit wird in diesem Verständnis gerade in der Praxis der Sozialen-Stadt-Programme im gesamten Bundesgebiet u.a. im Rahmen des Quartiersmanagements eingesetzt. Aber auch z.B. bei der Entwicklung von großen neuen Wohngebieten bzw. ganzen Stadtteilen wird Gemeinwesenarbeit als Arbeitsfeld konzipiert. Laut Stövesand (2018: 560) ist Gemeinwesenarbeit immer auch ein Arbeits- bzw. Handlungsfeld mit entsprechenden Projekten und Institutionen gewesen.

Erste Diskussionen um Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip, das übergreifend für alle Handlungsfelder der Sozialen Arbeit gelten sollte, begannen bereits in den 1980ern (Boulet, Krauß und Oelschlägel 1980). In den 1990er Jahre konkretisierten Hinte (2019) und andere die konzeptionellen Überlegungen für das heutige Fachkonzept Sozialraumorientierung, das aus dem Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit hervorgegangen ist: „Es wurde versucht, methodische Elemente, räumliche Sichtweisen und professionelle Haltungen aus der Gemeinwesenarbeit zu systematisieren und für Einzelfall- und Gruppenarbeit, etwa im Rahmen der Kinder-

⁵ Erst in den 1990er Jahren wird durch die Gründung des *Deutschen Instituts für Community Organizing (DICO)* und des *Forums für Community Organizing e.V. (FOCO)* zunehmend Gemeinwesenarbeit auch außerhalb der Sozialen Arbeit als Community Organizing diskutiert und umgesetzt.

und Jugendhilfe nutzbar zu machen“ (Noack/Riede 2017). Hierbei ist der Gegenstand der Sozialraumorientierung der Einzelfall, der unter Rückgriff auf das sozialräumliche Umfeld bearbeitet wird und nicht wie bei der Gemeinwesenarbeit das Gemeinwesen (vgl. Hinte 2018: 218). Das Fachkonzept Sozialraumorientierung wird mittlerweile in vielen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit umgesetzt (Jugendhilfe, offene Jugendarbeit, Behindertenhilfe, interkulturelle Arbeit, Altenarbeit, Straffälligenhilfe u.a.) (vgl. Fehren/Hinte 2013: 27). Kessler und Reutlinger (2010: 43) sind der Ansicht: „Sozialraumorientierung steht für die räumliche Wende in der Sozialen Arbeit insgesamt“.

Seit einigen Jahren wird die Gemeinwesenarbeit auch als ein konzeptioneller Ansatz differenziert. Stövesand/Stoik (2013) sprechen sich im Handbuch der Gemeinwesenarbeit dafür aus, Gemeinwesenarbeit als „Konzept“ im Theorie- und Handlungsgebäude der Sozialen Arbeit zu verorten. Dieser Schwenk hin zum Konzept wird damit begründet, dass die vorliegenden Ansätze der Gemeinwesenarbeit in der Regel ihre jeweiligen Ziele, Erklärungen, Begründungen, Methoden und Techniken verknüpfen und damit den Anforderungen an ein Konzept entsprechen. Stövesand (2018) ist der Auffassung, dass es sich bei der Gemeinwesenarbeit um ein Konzept handelt. Da der Gemeinwesenarbeit kein einheitliches Menschenbild und Gesellschaftsverständnis zugrunde liegt, also verschiedene Autor*innen unterschiedliche Ziele, Vorgehensweisen und theoretische Fundierungen unterscheiden, muss präziser Weise von verschiedenen Konzepten gesprochen werden. „bei Gemeinwesenarbeit handelt es sich um ein Konzept, das in unterschiedlichen Varianten existiert, vermittelt und umgesetzt ist“ (Stövesand (2018: 560).

Für die vorliegende Studie wird der letzten Variante gefolgt und Gemeinwesenarbeit als ein konzeptioneller Ansatz gesehen. Das GWA-Konzept bzw. seine verschiedenen Variationen fördern „die Entwicklung gemeinsamer Handlungsfähigkeit und kollektives Empowerment bezüglich der Gestaltung bzw. Veränderung von infrastrukturellen, politischen und sozialen Lebensbedingungen“ (Stövesand/Stoik 2013: 16). Dies kann als konzeptioneller Kern der Gemeinwesenarbeit ausgemacht werden, der eine demokratiefördernde Arbeitsweise betont.

4.3. Arbeitsweise von Gemeinwesenarbeit

Gemeinwesenarbeit hat die Verbesserung der Lebensverhältnisse in einem Gemeinwesen zum Ziel im Sinne der dort lebenden Menschen. Hierbei wird unter einem Gemeinwesen das Beziehungsgeflecht zwischen Menschen, Gruppen und Organisationen in einem bestimmten Gebiet (z.B. Stadtteil, Kiez, Dorf) verstanden (vgl. Oelschlägel 2016: 50):

„Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen“ (Stövesand/Stoik 2013: 21).

In Anbetracht dieser großen und weit gefassten Ziele wird deutlich, dass diese nur in einem langfristigen, kooperativen Prozess erreicht werden können. Hierbei betont Stövesand (2018), dass die Arbeit am, im und mit dem Gemeinwesen sich nicht auf die Soziale Arbeit beschränkt sondern hierbei auch andere Disziplinen und Professionen sowie soziale Bewegungen von Bedeutung sind (vgl. Stövesand 2018: 558).⁶

Um Bewohner*innen zu gemeinsamen Aktivitäten und zur Lösung allgemeiner Probleme zu motivieren, werden häufig vor Ort individuelle und alltagsorientierte Angebote, Beratungen und Dienstleistungen vorgehalten. Sie beziehen sich u.a. auf die Sicherung der materiellen Existenz von einzelnen Bewohner*innen oder Familien, aber auch auf Beratung hinsichtlich Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder bei Konflikten mit

⁶ Die vorliegende Vorexpertise fokussiert hierbei jedoch auf Gemeinwesenarbeit im Rahmen der Sozialen Arbeit.

Vermieter*innen. Auch Beratungsangebote für Familienkonflikte, nachbarschaftliche Auseinandersetzungen sowie Lernhilfen für Schüler*innen werden angeboten. Mitunter gibt es auch ganz einfache Serviceleistungen, z.B. der Verleih von Handwerksgeräten, auch von übertragbaren Monatsfahrkarten für den Nahverkehr oder schlichtweg die Ausgabe von „gelben Säcken“ für die Müllabfuhr. Diese unmittelbaren Hilfen und Angebote senken die Schwellenängste und dienen der Kontaktaufnahme insbesondere auch mit ökonomisch und/oder sozial benachteiligten Menschen. Daneben richten sie sich auf die Herstellung und Intensivierung sozialer Beziehungen im Stadtteil (vgl. auch Hubbertz 1984: 68). Durch diese Begegnungen und im Beratungsprozess kann ein Kennenlernen und Vertrauensaufbau zwischen Beratenen und Mitarbeiter*innen erfolgen und ggf., nach gelungenem Vertrauens- bzw. Beziehungsaufbau, Menschen in bestehende Gruppenaktivitäten eingebunden werden. Dies kann zur Verbesserung der Zugehörigkeit und des Eingebundenseins beitragen, die sozialen Netze und die soziale Integration des Individuums stärken. All diese Aktivitäten sind auch als Vorstufen für eine weitergehende Zusammenarbeit und letztlich auch für politisches und zivilgesellschaftliches Interesse zu sehen.⁷

Im Rahmen ihrer Arbeit betrachten Gemeinwesenarbeiter*innen die Menschen vor Ort als Expert*innen ihrer eigenen Lebenssituation (vgl. Lüttringhaus 2011: 277f.). Damit sie ihr Wissen und ihre Interessen einbringen können bedarf es vielfältiger Partizipationsmöglichkeiten, um eine maßgebliche Einbeziehung der Menschen vor Ort sicher zu stellen. Auch die gemeinsame Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes mit den Bewohnenden erscheint sinnvoll (Riede 2017: 4). Hierbei müssen die Ziele und Vorgehensweise jeweils auf die örtlichen Rahmenbedingungen angepasst und mit den Bewohner*innen, insbesondere auch mit wichtigen Schlüsselpersonen im Gebiet, gemeinsam entwickelt werden.

*„Die Partizipation der Adressat*innen, die Unterstützung von Kommunikation, Selbstorganisation und gemeinsamer Handlungsfähigkeit sind zentrale Merkmale. GWA fördert den Aufbau von sozialen Beziehungen und Kooperationsstrukturen“ (Stövesand 2019: 1).*

Für die Gemeinwesenarbeit wurden Leitstandards entwickelt, um die zentralen Arbeitsprinzipien der Gemeinwesenarbeit zu konkretisieren⁸ (Lüttringhaus 2011). Zwei dieser Prinzipien, die hinsichtlich der demokratiefördernden Wirkung von Gemeinwesenarbeit besonders relevant erscheinen, werden hier nun thematisiert, bevor im Folgenden eine Weiterentwicklung der Prinzipien bezüglich der demokratiefördernden Wirkung von Gemeinwesenarbeit vorgestellt wird. Ausgangspunkt der Gemeinwesenarbeit ist demnach grundsätzlich die Orientierung an der Lebenswelt der Menschen, an den Themen, die den Menschen wichtig sind:

*„Gemeinwesenarbeiter*innen haben den Auftrag, zu erkunden, was die Menschen bewegt bzw. mit dem zu arbeiten, was als Probleme und Bedürfnisse an sie herangetragen wird. Der Ausgangspunkt von Gemeinwesenarbeit sind oft latente oder manifeste Konflikte, sie kann als Frühwarnsystem wirken und hat eine deutlich präventive Komponente“ (Stövesand/Stoik 2013: 22).*

Hinte (2016: 8) ist der Ansicht, dass Gemeinwesenarbeit erfragt, wo die Leute im Quartier der Schuh drückt, worauf sie wütend sind, wo die Emotionen der Menschen sind und was sie beschäftigt. Diese Themen werden gesammelt, bei öffentlichen Veranstaltungen thematisiert und die Gründung bürgerschaftlicher Gruppen unterstützt, die an der Problemlösung selbsttätig arbeiten. Am Willen und den Interessen der Menschen ansetzen ist daher das erste, äußerst basisdemokratische Prinzip der Gemeinwesenarbeit.

⁷ Angesichts der prekären Finanzierung von Gemeinwesenarbeit und der personellen Unterausstattung in den letzten Jahrzehnten ist es wenig verwunderlich, dass die Gemeinwesenarbeit häufig über diese Vorstufe der Gemeinwesenarbeit nicht hinausgekommen ist und politische Partizipationsprozesse kaum stattgefunden haben.

⁸ Zielgruppenübergreifendes Handeln; Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen; Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte; Nutzung der vorhandenen Ressourcen; Ressortübergreifendes Handeln; Vernetzung und Kooperation.

Ein weiteres zentrales Prinzip der Gemeinwesenarbeit ist, dass sie grundsätzlich mit allen Personengruppen und Menschen vor Ort arbeitet, also zielgruppenübergreifend ansetzt. Durch eine einzelfallübergreifende gruppen- und sozialraumbezogene Arbeit sollen viele verschiedene Menschen angesprochen und gemeinsame Austausch- und Lernprozesse der Menschen untereinander gefördert werden. Damit soll einer ggf. stigmatisierenden Fokussierung auf einzelne Personengruppen entgegengewirkt werden (vgl. Riede et al. 2017: 4). Dieses Vorgehen unterscheidet die Gemeinwesenarbeit von fast allen anderen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit, die in erster Linie zielgruppenspezifisch arbeiten (vgl. Thole 2012: 46).

Da die Gemeinwesenarbeit in den letzten 20 Jahren häufig verkürzt und unpolitisch rezipiert und ausgestaltet wurde, haben Riede, Rothschuh, Stracke-Baumann und Zychlinski (2017) die Arbeitsprinzipien der Gemeinwesenarbeit weiterentwickelt, um die soziale Stärke in Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration Geflüchteter zu konkretisieren. Angesichts zunehmender Debatten um Rechtspopulismus und antidemokratische Verhaltensweisen in der Gesellschaft hat Riede (2019) diese Prinzipien aufgegriffen und hinsichtlich der demokratiefördernden Aspekte von Gemeinwesenarbeit weiter ausdifferenziert, um die basisdemokratische, politische Arbeitsweise herauszuarbeiten.⁹

Prinzipien von Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin	
Prinzip	Ziele und Maßnahmen
1. Gruppenübergreifendes Handeln – Vielfalt erlebbar machen	Gemeinwesenarbeit hat alle Menschen im Sozialraum im Blick und bringt verschiedene Personen und Gruppen miteinander in Kontakt. Gleichzeitig wird auch mit verschiedenen Personengruppen gezielt gearbeitet, um diese besonders zu befähigen und zu unterstützen, z.B. Familien, Frauen, Arbeitslose, geflüchtete Frauen, Senior*innen. Darüber hinaus werden themenbezogene Gruppen begleitet (z.B. zu den Themen Wohnen, Verkehr, Freizeitgestaltung, Grünflächenverbesserung), bei denen verschiedene Menschen interessenbezogen zusammenfinden. Begegnungsmöglichkeiten für alle Menschen im Stadtteil werden geschaffen wie z.B. Nachbarschaftscafés und durch gemeinsame Aktionen, Feste etc. ein wechselseitiger Ressourcenaustausch und ein voneinander Lernen ermöglicht.
2. Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen	Gemeinwesenarbeit setzt am Willen, den Bedürfnisse und Interessen der Menschen an. Hierbei sind die Bedürfnisse und Interessen der Menschen vor Ort Ansatzpunkte für Veränderungen in der Gestaltung des Alltags.
3. Kommunikative Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten	Als Mittlerin zwischen den Menschen, ihren verschiedenen Interessen und Bedürfnissen, fördert die Gemeinwesenarbeit die Kommunikation über Veränderungsprozesse und den Umgang mit zunehmender Diversität. Damit trotz Verschiedenheit Vorurteile abgebaut werden können und Vertrauen wachsen kann, braucht es Möglichkeiten der Begegnung sowie positive Erfahrungen im Umgang miteinander. Durch verschiedene Dialogsettings und die Ermöglichung einer offenen, lösungsorientierten Kommunikation, fördert die Gemeinwesenarbeit Austauschprozesse im Sozialraum.
4. Förderung von kollektivem Empowerment und Selbstorganisation	Allen Menschen stehen Anerkennung, Respekt, Selbstwirksamkeitserfahrungen und Hilfe zur Selbsthilfe zu. Gemeinwesenarbeit führt ähnliche Interessen von Menschen zusammen, unterstützt und ermutigt die Menschen zur Selbstorganisation, wodurch zivilgesellschaftliche Potentiale gestärkt und Synergieeffekte erzeugt werden. Ein besonderer Fokus wird auf das kollektive Empowerment (die Ermutigung, Befähigung und Ermächtigung) der ökonomisch und/oder sozial besonders benachteiligten Menschen gelegt, um ihnen mehr Teilhabe, Mitsprache und Mitgestaltung zu ermöglichen.

⁹ Die Prinzipien 3, 4, 5, 9 und 10 wurden ergänzt, um die Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit hinsichtlich ihrer demokratiefördernden Wirkung weiter zu konkretisieren.

5. Partizipative (Bildungs-) Möglichkeiten schaffen	Gemeinwesenarbeit schafft Möglichkeitsräume für Partizipation im Gemeinwesen und für die Erfahrungen von Selbstwirksamkeit. Dies kann auf vielfältige, kreative Weise geschehen, durch kleine und große partizipative Beteiligungsmöglichkeiten. Durch Angebote für solidarische Aktionen und Begegnungen wird die Entwicklung von Respekt und gegenseitigem Verständnis zwischen verschiedenen Menschen und Gruppen gefördert. Partizipative Ansätze sind hierbei als Lernsettings zu sehen, in denen die Menschen demokratisches Miteinander erlernen.
6. Nutzung der vorhandenen Ressourcen	Gemeinwesenarbeiter*innen unterstützen Menschen dabei, sich ihrer individuellen Fähigkeiten, Kompetenzen und Ressourcen bewusst zu werden. Darüber hinaus werden Ressourcen von Individuen und kollektiven Akteur*innen gebündelt bzw. miteinander vernetzt und auch institutionelle Ressourcen im Sozialraum bestmöglich gemeinschaftlich genutzt.
7. Ressortübergreifendes Handeln	Zur Realisierung und Bewältigung der umfassenden Ziele der Gemeinwesenarbeit ist eine interdisziplinäre und fach- bzw. ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich. GWA agiert hier als intermediäre Mittlerin zwischen Anwohner*innen, Politik und Verwaltung.
8. Vernetzung und Kooperation	Die verschiedenen Bewohner*innen und Akteur*innen im Sozialraum gilt es miteinander zu vernetzen und (projektbezogene) Kooperationen umzusetzen. Dadurch können im Sinne einer positiven Zukunftsentwicklung Doppelstrukturen abgebaut, Synergieeffekte erzeugt und eine effektive Zusammenarbeit erreicht werden. Weiterhin gilt es ehrenamtliches Engagement strukturiert in die Arbeit im Stadtteil einzubeziehen, entsprechende Vernetzungsrunden (aus traditionellem und neuem Ehrenamt) zu koordinieren und einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu unterstützen.
9. Komm- und Gehstruktur	Gemeinwesenarbeit (GWA) zeichnet sich einerseits dadurch aus, dass es einen Ort der Begegnung gibt (Nachbarschaftstreff, Stadtteilzentrum), zu dem die Menschen kommen können. Andererseits sind Gemeinwesenarbeiter*innen auch als Akteure im Stadtteil unterwegs und sprechen mit Menschen, die nicht den Weg ins Stadtteilzentrum finden. So können weitere aktuelle Themen und Probleme der Menschen erkannt und frühzeitig aufgegriffen werden.
10. Nachhaltige Gesellschaftsentwicklung im Blick	Im Rahmen der Arbeit im Gemeinwesen behalten die Gemeinwesenarbeits-Mitarbeiter*innen den Stadtteil auch immer hinsichtlich seiner sozialen, ökologischen und ökonomischen Entwicklungen im Blick. Vor Ort werden Maßnahmen und Projekte gefördert, die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eine langfristige, sozial gerechte Entwicklung des Sozialraums befördern, ein umweltverträgliches Miteinander im Blick haben und eine nachhaltige Lokale Ökonomie unterstützen.

Quelle: Riede 2019, aufbauend auf Lüttringhaus (2011) und Riede et al. (2017)

Wie anhand dieser Ausführungen deutlich wird hat Gemeinwesenarbeit ein enormes Potenzial hinsichtlich ihrer demokratiefördernden Arbeitsweise, das mit folgendem Zitat nochmal gut zusammengefasst wird:

„GWA integriert die Bearbeitung individueller und struktureller Aspekte in sozialräumlicher Perspektive. Sie fördert Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen. GWA ist somit immer sowohl Bildungsarbeit als auch sozial- bzw. lokalpolitisch ausgerichtet“ (Stövesand/Stoik 2013: 21).

Für die lokal- und sozialpolitische Ausrichtung ist insbesondere auch die Rolle und Haltung der Gemeinwesenarbeiter*innen von entscheidender Bedeutung.

4.4. Rolle und Haltung von Gemeinwesenarbeiter*innen

Die Frage der Rolle von Gemeinwesenarbeiter*innen, ihre Haltung und Funktion werden kontrovers diskutiert, wobei insbesondere zwischen einer parteilichen Haltung und einer intermediär vermittelnden unterschieden wird.

Die Frage, ob Gemeinwesenarbeit parteilich sein soll, ob im Stadtteil alle einbezogen werden sollen oder die Schwächeren gezielt gestärkt werden müssen (vgl. Stoik 2012: 3), wurde im Laufe der Geschichte der Gemeinwesenarbeit immer wieder kontrovers diskutiert und interpretiert. „Parteilichkeit als Grundmaxime“ soll hier weniger im Sinne einer gesellschaftlich politischen Dimension eines beruflichen sozialarbeiterischen Handelns gedacht werden. Mit Staub-Bernasconi soll Gemeinwesenarbeit als Teil der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession verstanden werden, deren Berufsethos geradezu zur Parteilichkeit gegenüber Unterdrückten und Ausgegrenzten verpflichtet. Danach ist Sozialarbeit „der einzige Beruf, der als Beruf zur Solidarität mit denjenigen verpflichtet, die in und an der Gesellschaft und Kultur leiden“ (Staub-Bernasconi 1995: 192). Selbstverständlich meint Parteilichkeit nicht die naive Zustimmung oder die blinde Einwilligung in jegliche Handlungsweise der Betroffenen. Es geht nicht um einen Blankoscheck etwa für individuelles Fehlverhalten oder auch kollektiven Eigennutz.

„Vielmehr meint professionelle Parteilichkeit, die Unterstützung sozial Benachteiligter, ungerecht Behandelte oder schlichtweg gehandicapter Personengruppen im Bemühen sich zu artikulieren und am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Parteilichkeit will ungerechtfertigte Benachteiligungen überwinden, Beiträge zur Chancengleichheit leisten. Sie geschieht im Geiste der Aufklärung und der Menschenrechte und schließt somit notwendigerweise die Parteinahme für entgegengesetzte Bestrebungen aus“ (Rausch 2004: 89).

In diesem Verständnis leistet Gemeinwesenarbeit auch demokratiepolitisch wertvolle Beiträge zur Teilhabe gerade jener Milieus und Schichten, die durch traditionelle politische Bildung etc. nicht erreicht werden können. Sie trägt dazu bei, dass benachteiligte Gruppen für Beteiligung motiviert und qualifiziert werden und die Dominanz organisierter Interessen abgebaut werden.

Anfang der 1990er Jahre wurde, sowohl in der Gemeinwesenarbeit als auch in der Stadtentwicklung, begonnen, die Funktionsweise von intermediären Vermittlungsinstanzen für die Erneuerung städtischer Quartiere herauszuarbeiten. Hierdurch erhoffte man sich einen Ausweg aus polarisierenden Perspektive einer aggressiven Variante von Gemeinwesenarbeit (vgl. Fehren 2016: 61ff.). Da die Probleme im Stadtteil häufig nicht allein von den Bewohner*innen gelöst werden können, ist die Vermittlung der Themen vor Ort an die zuständige Politik und Verwaltung von großer Bedeutung. „Intermediäre Instanzen vermitteln zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen, zwischen den formaleren und bürokratischen Welten des politisch-administrativen Systems, den profitorientierten Welten der Ökonomie und den meist etwas „lauteren“ und unsortierten Lebenswelten im Quartier. Intermediäre bewegen sich auf drei Handlungsebenen: auf der Ebene des direkten Kontakts im Stadtteil, auf der Bearbeitungsebene der Institutionen sowie auf der Entscheidungsebene der Politik“ (Lüttringhaus 2001: 152). Gemeinwesenarbeiter*innen vermitteln also zwischen verschiedenen Interessen (Gruppen) auf unterschiedlichen Ebenen und zwischen diversen Akteuren, so dass sich die Zusammenarbeit am und für das Gemeinwesen verbessert werden kann. Fehren (2016: 62ff.) ist der Ansicht, dass es Gemeinwesenarbeit um eine doppelte Aktivierungsrichtung geht, eine Aktivierung sowohl von Bürger*innen als auch von Institutionen:

„Bei einer durch professionelle Soziale Arbeit und damit durch einen „Systemakteur“ ausgeübten intermediären Funktion ist [jedoch] davon auszugehen, dass der intermediäre Balanceakt zwischen Lebenswelt und System, wenn er misslingt, tendenziell zuungunsten der Lebenswelt kippt. Als intermediäre Instanz steht Gemeinwesenarbeit somit immer in der Gefahr, sich zu weit von den Interessen der Lebenswelt wegzubewegen, diese kaum wahrzunehmen und stattdessen von administrativen Logiken dominiert zu werden“ (Fehren 2016: 66).

Nach Einschätzung von Riede (2019: 4) lässt sich ebendies vielerorts beobachten, dass durch ein entsprechendes Management der Aktivitäten im Stadtteil und enge Zielvorgaben durch die Verwaltung (z.B. in vielen Gebieten der Sozialen Stadt) die Arbeit an der Basis mit den Menschen in den Hintergrund gedrängt bzw. vernachlässigt wurde. Trotz Parteilichkeit handeln Gemeinwesenarbeiter*innen nie stellvertretend für die

Betroffenen. Sie sind auch nicht deren Sprachrohr und schon gar nicht die Regisseur*innen im Gemeinwesen. Sie sind auch nicht diejenigen, die besser wissen, was gut ist für die anderen Akteure. „Sie machen sich mit ihren Fragen auf den Weg und mit ihrem Interesse und bringen so mit den Menschen Reflexionsprozesse in Gang. Dadurch kann dann ein neues Bewusstsein entstehen. Und wenn sich dann die Menschen für ihre Anliegen einsetzen wollen, dann unterstützen sie die GemeinwesenarbeiterInnen dabei“ (Schnee 2010, zitiert nach Rothschuh/Spitzenberger 2010: 88). Hierbei kommt der Kommunikation ein zentraler Stellenwert zu. Gemeinwesenarbeiter*innen suchen den kommunikativen Dialog, den öffentlichen Diskurs und streben die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure u.a. als Bündnispartner*innen bzw. Mitgestalter*innen für die Verbesserung der Lebensbedingungen auf allen Ebenen an, auch in und mit der Verwaltung und Politik (vgl. Lüttringhaus 2011: 277f.).

Gemeinwesenarbeit setzt sich also gleichzeitig parteilich dafür ein, dass auch die Interessen von ökonomisch und/oder sozial benachteiligten Menschen Gehör finden und unterstützt diese Menschen bei der Bearbeitung ihrer Anliegen. Gleichzeitig vermittelt sie intermediär zwischen den verschiedenen Akteuren und Ebenen im Stadtteil, um Probleme umfassend und nachhaltig zu lösen. Gemeinwesenarbeit baut also soziale und kommunikative Brücken zwischen Anwohner*innen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Institutionen im Stadtteil sowie Politik und Verwaltung.

4.5. Varianten der Gemeinwesenarbeit und politische Reichweite

Gemeinwesenarbeit hat im Laufe der Zeit verschiedene Ausprägungen und unterschiedliche Formen angenommen, existiert(e) also in verschiedenen Varianten, die zumeist stark von gesellschaftlichen Entwicklungen und dem entsprechenden Zeitgeist geprägt wurden bzw. werden. Oelschlägel (2017) ist der Ansicht:

„GWA bildet immer ein Kontinuum, an dessen einem Ende ein systemkritischer, konfliktorientierter, zu Zeiten auch sozialrevolutionärer Ansatz steht und am anderen Ende ein staatstragender, systemorientierter meist pragmatisch-managerieller Ansatz“ (Oelschlägel 2017: 172).

Dazwischen gab und gibt es eine Vielfalt unterschiedlicher Konzepte und Ausgestaltungen von Gemeinwesenarbeit vor Ort.¹⁰ Beim Versuch verschiedene konzeptionelle Ansätze der Gemeinwesenarbeit in der Praxis zu differenzieren, kann auf Hinte/Karas (1989: 13ff.) zurückgegriffen werden, die fünf zentrale Orientierungen in Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit unterscheiden:

- Wohlfahrtsstaatliche Gemeinwesenarbeit: Verbesserung des Dienstleistungsangebotes von im Stadtviertel tätigen Institutionen
- Integrative Gemeinwesenarbeit: Alle Gruppen im Gemeinwesen sollen kooperativ bestehende Probleme ausfindig machen und an der Beseitigung dieser Schwierigkeiten auf dem Weg von Diskussion und Kooperation arbeiten
- Aggressive Gemeinwesenarbeit – zielt auf die Veränderung von Kräfte-Verhältnissen und Macht-Strukturen innerhalb eines Wohnquartiers durch solidarischen Zusammenschluss von Minderheiten;

¹⁰ Oelschlägel 2013 unterscheidet die folgenden drei zentralen Stränge von Gemeinwesenarbeit: Lokale Ökonomie, Quartiersmanagement (QM) und Community Organizing (CO). Jedoch ist der Strang der Lokalen Ökonomie in der Praxis nicht zu erkennen, das Quartiersmanagement befindet sich in einem schwierigen Spannungsverhältnis zur Gemeinwesenarbeit (in allen Bundesländern, aber auch je nach Einrichtung verschieden) und unter Community Organizing werden einige wenige basisdemokratische Arbeitsansätze verstanden, die sich jedoch überwiegend von der Sozialen Arbeit abgrenzen und damit für diese Vorexpertise nicht relevant erscheinen. Weiterhin lassen sich aus Sicht von Riede in der Praxis noch zwei weitere wichtige Stränge ausmachen, die Nachbarschaftsarbeit (in Nachbarschaftshäusern und Stadtteilzentren) sowie die Integrationsarbeit (gemeinwesenorientierte Projekte im Kontext der Arbeit mit Geflüchteten). Eine entsprechende Differenzierung und Weiterarbeit mit diesen Strängen würde den Rahmen der Vorexpertise sprengen und bietet Stoff für eine eigene Studie.

- Strategien von Gemeinwesenarbeit nach S. D. Alinsky (1974; 1999): Ausgeklügelte Strategien für den Aufbau und Kampf von Bürgerorganisationen;
- Katalytisch-aktivierende Gemeinwesenarbeit – Gemeinwesenarbeiter*in als Katalysator stößt Prozesse bei Bewohnern an und bewirkt Veränderung.

Diese fünf Ansätze werden von Noack (2015) zu drei Varianten der Gemeinwesenarbeit zusammengefasst, deren Entstehung aus seiner Sicht auf unterschiedlich interpretierte angelsächsische Arbeitsformen zurückzuführen sind. Folgende drei Varianten benennt er: die Aggressive Gemeinwesenarbeit (bei der die aggressive Gemeinwesenarbeit und die Gemeinwesenarbeitsstrategien nach Alinsky zusammengefasst wurden); die Katalytisch-aktivierende Gemeinwesenarbeit (s.o.) und die Integrative-fürsorgliche Gemeinwesenarbeit (bei der die Wohlfahrtsstaatliche und die Integrative Gemeinwesenarbeit zusammengefasst wurden) (vgl. Noack 2015: 59ff).

Angeichts der großen Vielfalt an Ansätzen benennt Stövesand (2019) keine konkreten Varianten der Gemeinwesenarbeit, sondern betont, dass die Begründung, Form und Inhalt immer abhängig sind von historisch unterschiedlichen gesellschaftlichen und regionalen Kontexten, von politischen Kräfteverhältnissen, von kulturellen Normen und Ideologien sowie Förderkonjunkturen. Betont werden also die Bedeutung der Rahmen- und Kontextbedingungen, die die jeweiligen Gemeinwesenarbeitsprojekte prägen. Weiterhin verweist Stövesand auf eine zentrale Unterscheidung des Verständnisses von Gemeinwesenarbeit: ob bei einem defizitären Stadtteil auf die vorhandenen endogenen Ressourcen gesetzt wird und ein besonderer Entwicklungsplan erstellt wird, oder ob die sozialen Probleme im Kontext gesamtgesellschaftlicher Verursachungszusammenhänge thematisiert werden. Sie unterscheidet also nach der politischen Reichweite von Ansätzen der Gemeinwesenarbeit, ob für die Bearbeitung der Themen und Probleme vor Ort Politik und Verwaltung über den Stadtteil hinaus einbezogen werden und kooperiert wird, oder ob der Stadtteil bzw. die Menschen vor Ort sich selber helfen müssen.

Anhand eines Schaubilds sollen nun zwei zentrale Aspekte der demokratiefördernden Vorgehensweise bzw. der politischen Reichweite von Projekten der Gemeinwesenarbeit veranschaulicht werden. Hierbei wird nicht der Dichotomie von Oelschlägel gefolgt, sondern im Sinne einer Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin ein basisdemokratisches Vorgehen (im Gegensatz zu einer systemkritischen) und eine Vorgehensweise nach Vorgaben der Verwaltung unterschieden:

Abbildung 2: Politische Reichweite der Gemeinwesenarbeit

Basisdemokratisches Vorgehen Aktuelle Themen werden partizipativ und basisdemokratisch aufgegriffen und eine gemeinsame Bearbeitungen wichtiger Anliegen erfolgt durch und mit den Menschen vor Ort	Vorgehen nach Vorgaben der Verwaltung Umsetzung von Zielvorgaben und Aufgaben der Verwaltung, Management von Aktivitäten im Quartier
Endogene Bearbeitung der Probleme Probleme müssen lokal vor Ort mit den vorhandenen Ressourcen (der Menschen) im Stadtteil gelöst werden	Exogene Bearbeitung der Probleme Probleme werden übergreifend in größerem Kontext gesehen und gemeinsam von den Menschen vor Ort, Politik und Verwaltung bearbeitet

Eigene Darstellung

Zusammenfassung Begriffsbestimmung Gemeinwesenarbeit

Gemeinwesenarbeit ist ein konzeptioneller Ansatz einer partizipativen, basisdemokratischen Stadtteilentwicklung, der sowohl am Aufbau dezentraler Beteiligungs- und Selbstorganisationsstrukturen arbeitet, als auch an der Verbesserung der Lebensbedingungen im Sinne der Menschen vor Ort. Hierbei trägt eine partei-liche Arbeit dazu bei, dass die Interessen von benachteiligten Menschen auch Gehör finden, während gleichzeitig zwischen verschiedenen Interessen, Akteuren und Ebenen im Stadtteil vermittelt und vernetzt wird. Das Zusammenbringen einer parteilichen mit einer intermediären Haltung entspricht dem Ansatz von Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin. Hierbei kann die Vorgehensweise der Gemeinwesenarbeit zwischen einem basisdemokratischen und einem managenden Vorgehen und die politische Reichweite zwischen einer endogenen bzw. exogenen Problemlösung variieren.

5. Qualität lokaler Demokratie und Wirkungen von Quartiersmanagement

Um die Potenziale von Gemeinwesenarbeit für die Stärkung der lokalen Demokratie auf der Quartiers- und Nachbarschaftsebene bestimmen zu können, soll im Folgenden der Stand der Forschung zu Wirkungen, Wirkungsannahmen und -modellen in diesen Bereichen resümiert werden. Zunächst werden einige theoriebe-zogene Überlegungen zu Determinanten lokaler Demokratiequalität und Wirkungsmodelle lokaler Demokra-tie vorgestellt und diskutiert. Hierbei wird den folgenden Fragen nachgegangen: Welche Faktoren bestimmen die Ausprägung und Qualität lokaler Demokratie? Wie ist das Wirkungsgefüge zwischen verschiedenen De-terminanten? Anschließend werden Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung eines Projekts präsentiert, die die Wirkungen von Quartiersmanagement auf lokale Demokratie herausarbeitet und sich der Frage wid-met: Wie erkennt man, dass das soziale Kapital, das Gemeinwesen und die Zivilgesellschaft nachhaltig ge-stärkt und damit die gesellschaftlichen Voraussetzungen für lokale Demokratie verbessert werden? Abschie-ßend werden die Ergebnisse von Studien zur Messung der Wirkungen von Gemeinwesenarbeit vorgestellt und daraus Ansatzpunkte für das eigene Vorgehen abgeleitet.

5.1. Wirkungsmodell lokaler Demokratie

Andreas Ladner und Marc Bühlmann (2007) haben einen Vorschlag zur Messung lokaler Demokratiequalität entwickelt, der über die formale und institutionelle Ausgestaltung lokaler Demokratie hinausgeht und auch die (wahrgenommene) Qualität kommunaler Leistungen einbezieht. Sie beschreiben sechs Einstellungen, Einschätzungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger als Indikatoren für das Ausmaß bürger-schaftlichen Engagements und als normative (Grund)Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit und die Qualität der lokalen Demokratie: Soziale Integration, politisches Interesse, politische Kompetenz, Vertrauen in das politische System, Zufriedenheit mit dem politischen System und politische Beteiligung (Ladner/Bühl-mann 2007: 26 und 244; siehe auch *Abbildung 3*).

Form und Stärke dieser sechs Determinanten bestimmen Ausprägung und Qualität der lokalen Demokratie, wobei es sich nach Ladner und Bühlmann (2007) um ein komplexes trichterförmiges Wirkungsgefüge handelt, in dem die Komplexität schrittweise zunimmt:

„Wir gehen davon aus, dass soziale Integration politisches Interesse beeinflusst, dass Interesse seinerseits eine notwendige, aber nicht unbedingt hinreichende Voraussetzung für politische Kompetenz, politisches Ver-trauen und Zufriedenheit darstellt. Kompetenz wiederum beeinflusst Vertrauen und Zufriedenheit, wobei letz-tere auch durch den Grad an Vertrauen in die Politik und die Politiker beeinflusst wird. Alle fünf Kerngrößen prägen schließlich die Bereitschaft zur politischen Beteiligung, und zwar sowohl der herkömmlich verfassten wie auch der alternativen Partizipation“ (Ladner/Bühlmann 2007: 27).

Abbildung 3: Zivilgesellschaftliches Engagement als Erfolgsfaktor lokaler Demokratie

Indikatoren	Merkmale
Soziale Integration	Eingebundenheit in die Nachbarschaft, Engagement in Initiativen, Vereinen und Parteien
Politisches Interesse	Interesse der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen im Gemeinwesen
Kompetenz	Wissen über die Funktionsweise des politischen Systems und die Möglichkeiten der politischen Beteiligung, politische Handlungskompetenzen
Politisches Vertrauen	Vertrauen in das politische System, dessen Funktionieren und Qualität
Politische Zufriedenheit	Zufriedenheit mit dem politischen System, den zentralen Institutionen und den Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger
Politische Partizipation	Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in unterschiedlichster Art und Weise aktiv in den politischen Prozess einzubringen.

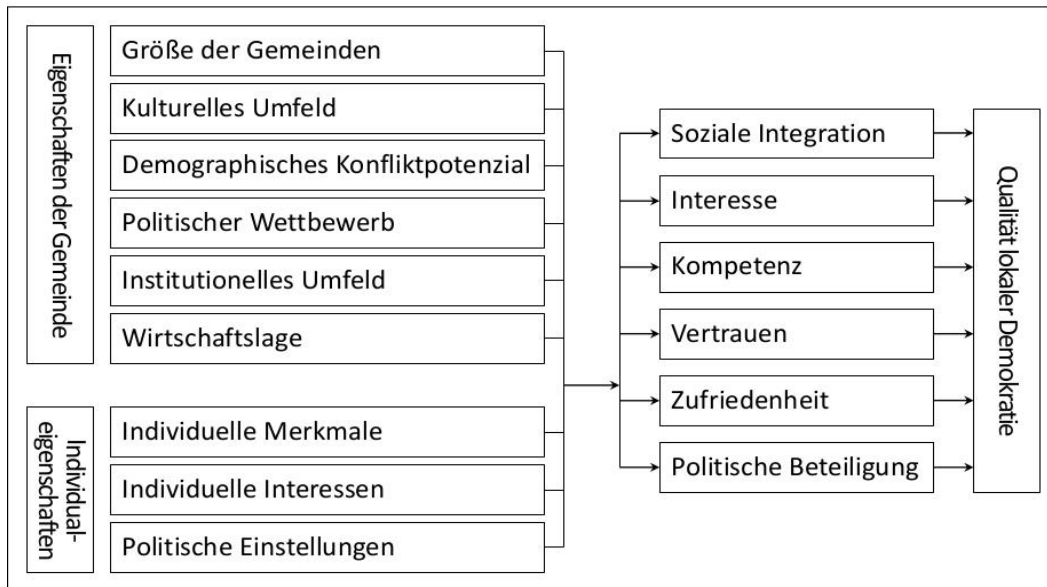
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Ladner/Bühlmann (2007: 34)

Diese sechs Einflussfaktoren decken aus Sicht von Ladner und Bühlmann (2007) zentrale Prinzipien der Demokratie ab: (1) *Soziale Integration*, *politisches Interesse* und *politische Kompetenz* beschreiben Aspekte einer aktiven Zivilgesellschaft, denn „eine eingebundene, interessierte und kompetente Bevölkerung ist die Grundlage einer funktionierenden Demokratie“, weil hierdurch Interessen und Präferenzen ins politische System eingebracht und die Kontrolle der Verwaltung durch engagierte Bürgerinnen und Bürger gesichert wird. (2) *Politisches Vertrauen* und *Zufriedenheit* entsprechen dem Prinzip der Responsivität, die dann gegeben ist, wenn die Gemeindeoberhäupter ihre Entscheidungen verantwortungsvoll im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner treffen und diese mit den Ergebnissen der lokalen Politik zufrieden sind. (3) Die Bereitschaft der lokalen Bevölkerung zu aktiver *politischer Beteiligung* deckt schließlich das zentrale Prinzip der Partizipation ab, „denn nur in einem System, das Partizipation ermöglicht, sicherstellt und anregt, kann sich Demokratie in einem umfassenden Sinne entfalten (vgl. Ladner/Bühlmann 2007: 27f.).

Die Qualität der lokalen Demokratie wird nicht nur durch Einstellungen, Einschätzungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger geprägt, sondern auch durch Einflussfaktoren, die auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger (Individual-Ebene) und der Ebene der Gemeinde (Aggregats-Ebene) liegen, sodass sie eine Erweiterung des Modells aus Abbildung 2 vorschlagen (siehe *Abbildung 4*).

Zu den Einflussfaktoren auf der Ebene der Gemeinde gehören nach Ladner und Bühlmann (2007: 34ff.) Gemeindegröße, kulturelles Umfeld (lokale Traditionen, religiöse Prägungen), demographisches Konfliktpotenziale (z.B. aufgrund von Alterszusammensetzung oder ungleicher Einkommensverteilung), Grad des politischen Wettbewerbs (lokale Beteiligungstraditionen, politische Polarisierung), institutionelles Umfeld (Größe der Exekutive, Gemeindeorganisation) und Wirtschaftslage (prosperierende Wirtschaft, strukturschwache Region). Auf der Ebene der Einwohnerinnen und Einwohner werden schließlich individuelle Merkmale (wie Geschlecht, Alter, Bildung), persönliche Interessen (z.B. Anteil von Wohnungseigentümern; Familien mit Kindern) und politische Einstellungen (politische Ausrichtung von Einwohnerinnen und Einwohnern; Interesse an lokalpolitischen Entscheidungen) unterschieden, die Einfluss auf das politische Verhalten haben.

Abbildung 4: Wirkungsmodell zur lokalen Demokratie



Quelle: Ladner/Bühlmann (2007: 34).

Die Stärke des Wirkungsmodells von Ladner und Bühlmann besteht darin, dass es individuelle Eigenschaften der Bürgerinnen und Bürger und Kontextmerkmale des Gemeinwesens in Beziehung setzt zu Faktoren, die das Ausmaß von bürgerschaftlichem Engagement und politischer Beteiligung widerspiegeln und die als eine Grundvoraussetzung für eine hohe Qualität von lokaler Demokratie gelten können. Allerdings werden soziale Gruppen und zivilgesellschaftliche Akteure als ‚Produzenten‘ von sozialem Kapital im Sinne von Robert Putnam in diesem Modell wenig sichtbar und die konkreten Zusammenhänge zwischen einer aktiven Zivilgesellschaft und den Einflussfaktoren für eine hohe Demokratiequalität bleiben unklar.

Das Modell von Ladner und Bühlmann zeigt trotzdem, wo eine aktive Gemeinwesenarbeit bei der Förderung lokaler Demokratie ansetzen könnte, (1) auf der *individuellen Ebene* bei der Förderung der politischen Kompetenzüberzeugungen und Selbstwirksamkeitserwartungen der Bewohner*innen, (2) auf der *zivilgesellschaftlichen Ebene* bei der Ermöglichung von interkulturellen und milieuübergreifenden Begegnungen, kommunikativem Austausch und sozialem Miteinander (*brückenbildendes soziales Kapital*) und (3) auf der *kommunalen Ebene* bei der Unterstützung innovativer Formen gemeinschaftlichen Handelns und Gestaltens sowie der Förderung des Dialogs zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und kommunalpolitischen Akteuren (*politischer Resonanzraum*).

5.2. Wirkungsstudien im Bereich Gemeinwesenarbeit

Für ein Verständnis der Wirkungsmöglichkeiten von Gemeinwesenarbeit auf die lokale Demokratie und der Zusammenführung beider Bereiche zu einem gemeinsamen Wirkungsgefüge-Modell haben wir zunächst nach bestehenden Studien und Ansätzen gesucht, die sich dem Thema „Wirkungen“ in beiden Gebieten widmen. Unter den wirkungsorientierten Studien im Bereich Gemeinwesenarbeit sind vor allem die folgenden vier Arbeiten zu erwähnen, die an dieser Stelle kurz skizziert und hinsichtlich ihrer Verwertbarkeit für unser Projekt bewertet werden (siehe auch die ausführliche tabellarische Darstellung im Anhang):

- Die sozio-ökonomische **Analyse zum geldwerten Nutzen von Gemeinwesenarbeit** (vgl. Trube 1998) war Teil eines Modellprojektes „Neue Wege der Arbeitsplatzbeschaffung“ und bewertete Effektivität und Effizienz der Leistungen der durch die öffentliche Hand geförderten Gemeinwesenarbeitsprojekte, wobei die Gemeinwesenrendite bewertet wurde. Hierbei erscheint bemerkenswert, dass die Studie zu dem

Ergebnis kam, dass Maßnahmen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements einen dreizehnfachen Ertrag im Vergleich zu den aufgewandten Kosten erbrachten. Da die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ein Kernthema der Gemeinwesenarbeit ist, kann das als Wirkungsbeispiel der Gemeinwesenarbeit gesehen werden.

- Die US-amerikanische **Studie zu New Yorker Settlement Houses** (vgl. United Neighborhood Houses 2014) evaluierte Nutzen und Wirkungen von 25 Nachbarschaftshäusern im ganzen Stadtgebiet. Diese Studie ist insbesondere in Bezug auf die Themen Selbstwirksamkeit, Einbindung und Zugehörigkeit interessant, die auf individueller Ebene gemessen wurden und bei denen hohe Werte erzielt wurden. Allerdings zeigt die geringere Ausprägung der positiven Effekte bei ökonomisch Benachteiligten, dass bei den Nachbarschaftshäusern in New York hinsichtlich der Einbindung Benachteiligter noch Verbesserungsbedarf besteht. Den Nachbarschaftshäusern wird insgesamt ein Multiplikationseffekt attestiert und ein wesentlicher Beitrag zur Gemeinschaftsbildung, zur sozialen Integration. Diese Umfrage verweist auf die Bedeutung, auch die individuelle Wirkungsebene der Gemeinwesenarbeit in den Blick zu nehmen.
- Die vom *Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB)* durchgeführten Studien zur **Evaluation des Modellprojekts „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“** (vgl. Kalter et al. 2012, Sauter 2015: 157ff) untersuchte die Arbeit von Sozialraumkoordinatoren¹¹ in elf Kölner Gebieten. Mit Hilfe eines Methodenmix wurde die Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln in verschiedenen Gebieten evaluiert und eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Sozialraumgebieten (durch Aktivierung umfangreichen bürgerschaftlichen Engagements), eine Verbesserung der bewohnerorientierten Angebote und Hilfen (durch Bewohner- und Bedarfsorientierung), eine Stärkung von Kooperations- und Netzwerkstrukturen (durch Arbeitskreise, runde Tische und Stadtteilkonferenzen) sowie eine Gewährleistung eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes festgestellt.
- Sauter (2015: 164) betont folgende Aspekte als wichtige Verbesserungen: „Funktionsfähigkeit der lokalen Vernetzung und Kooperation, die Organisation der akteursübergreifenden Diskussions- und Abstimmungsprozesse sowie die Initiierung sozialräumlicher Projekte und Aktivitäten“. Es wurden also deutliche Verbesserungen in Bezug auf das soziale Zusammenleben bzw. die soziale Integration und insbesondere für das Zusammenwirken im Gemeinwesen festgestellt. Weniger gut gelang die aktive Beteiligung der Verwaltung und anderer freier Träger, sodass Sauter (ebd.) schlussfolgert, dass der Umbau zu sozialräumlichen Arbeitsansätzen „nur in einem sehr langfristig angelegten Reformprozess zu integrieren ist“.
- Die **Wirkungsanalyse der quartiersbezogenen Bewohnerarbeit in München** (vgl. Sprinkart 2014) schließlich untersucht die Effekte von Nachbarschaftstreffs in der bayerischen Landeshauptstadt und stellt deutlich positive Effekte für das soziale Zusammenleben fest. Diese werden jedoch in wenig ergiebiger Form in Gestalt von Geschichten und Beispielen dargestellt. Anhand dieser Studie wird deutlich, wie wichtig die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Gemeinwesenarbeit sind, wobei hier vor allem die Finanzierung und Anbindung an Politik und Verwaltung benannt werden. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Nachbarschaftstreffs mit einer halben Arbeitsstelle pro Standort unzureichend ausgestattet sind und sieht dadurch ihren Erfolg gefährdet. Auch scheint die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und die Verantwortlichkeit für den „Sozialraum Nachbarschaft“ im Sozialreferat unzureichend geklärt und die Steuerung des Programms zu wenig wirkungsorientiert angelegt zu sein.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Wirkungsanalysen in der Gemeinwesenarbeit nicht sehr verbreitet sind. Die recherchierten Beispiele von Analysen zum geldwerten Nutzen von Gemeinwesenarbeit und Evaluationen zu den New Yorker Nachbarschaftshäusern, der Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln sowie zur quartiersbezogenen Bewohnerarbeit in München unterscheiden sich zudem in Bezug auf Ansatz-

¹¹ Sozialraumkoordinatoren sind vernetzend, moderierend und koordinierend tätig und werden als intermediäre Instanz und auch als „Motoren“ der örtlichen Entwicklungsprozesse bezeichnet (vgl. Sauter 2015: 155).

punkte, Erkenntnisinteresse, methodisches Vorgehen und Reichweite deutlich voneinander. Alle vier Studien befassten sich mit sozialen Aspekten, auch wenn sie in sehr speziellen Settings stattfanden: zwei waren im Bereich Nachbarschaftsarbeit angesiedelt und eine bezog sich auf ein Modellprojekt zur Sozialraumkoordination (das viele Überschneidungen mit intermediärem Quartiersmanagement aufweist). In den drei letztgenannten Studien standen die Themen Zusammenleben, sozialer Zusammenhalt und soziale Integration im Vordergrund, wobei positive Effekte der Gemeinwesenarbeit festgestellt wurden. Das Potenzial von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie wurde dabei nicht in den Blick genommen, aber die Bedeutung des sozialen Zusammenlebens für ein gutes gesellschaftliches Miteinander deutlich.

5.3. Erfolgsdimensionen und Wirkungsindikatoren in der Stadtteilarbeit

Die Erfolge in der Förderung lokaler Demokratie und durch die Förderung der Zivilgesellschaft lassen sich nur schwer quantifizieren. Wie misst man Demokratie und wie erkennt man, dass das soziale Kapital, das Gemeinwesen und die Zivilgesellschaft durch eine aktive Stadtteilarbeit nachhaltig gestärkt und damit die gesellschaftlichen Voraussetzungen für lokale Demokratie verbessert wurden? Was sind Erfolgsdimensionen, Mittel und Indikatoren eines wirkungsorientierten Quartiersmanagements? Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts „Demokratie, Aktivierung, Nachhaltigkeit“ der *Caritas Frankfurt* wurden in sieben Experten-Workshops (Abteilungs- und Referatsleitung, Quartiersmanagement)¹² acht Bausteine als entscheidende Erfolgsdimensionen für die Stadtteilarbeit bzw. das Quartiersmanagement vor Ort herausgearbeitet (vgl. Wiesner 2018: 293ff und 344ff.; siehe auch *Abbildung 5*).

Zu den acht Bausteinen zur Förderung lokaler Demokratie, die mit Zielen, Mitteln und Indikatoren unterlegt wurden, gehören (1) Imagewandel eines Quartiers, (2) Fluktuation reduzieren, (3) Zivilgesellschaft/Sozialkapital stärken, (4) Identifikation mit dem Quartier, (5) Integration/Inklusion, (6) Wissenszuwachs und Informiertheit der Bewohner*innen, (7) kompetente Nachbarschaften/Rückgang von Konflikten (Querschnittsthema) und (8) bessere Wohn- und Lebensbedingungen (Oberziel). Diese Ergebnisse einer wirkungsorientierten Evaluation von Aktivitäten der Caritas in Frankfurt am Main sind anregend und hilfreich, aber mit ihrem übergeordneten Ziel einer Verbesserung der Lebens- und Wohnbedingungen im Quartier nur zum Teil auf eine Förderung von lokaler Demokratie im engeren Sinne ausgerichtet. Allerdings werden mit den Bausteinen Wissenszuwachs/Informiertheit, Zivilgesellschaft/Sozialkapital und Integration/Inklusion sowie dem Querschnittsthema Kompetente Nachbarschaft Ziele, Erfolgsdimensionen und Indikatoren einer aktiven und wirkungsorientierten Stadtteilarbeit benannt, die für die Förderung von lokaler Demokratie grundlegend sind.

Das übergeordnete Ziel ist dabei, die Menschen fit zu machen für eine gesellschaftliche und politische Teilhabe auf Augenhöhe und den Zusammenhalt im Gemeinwesen zu stärken. Die Bausteine der Gemeinwesen-/Stadtteilarbeit setzen dabei auf der *individuellen Ebene* bei der Identifikation mit dem Quartier, dem Wissenszuwachs und der Informiertheit der Bewohner*innen sowie auf der *zivilgesellschaftlichen Ebene* bei der Aktivierung der Bewohner*innen, der Förderung von sozialem Kapital und dem Aufbau selbsttragender Beteiligungsstrukturen an. Eine aktive Gemeinwesen-/ Stadtteilarbeit setzt bei den gesellschaftlichen Voraussetzungen von lokaler Demokratie an und kann daher mit Indikatorensets zur Messung der Demokratiequalität, die vor allem auf die formalen Strukturen klassischer demokratischer Repräsentanz abzielen, nicht erfasst werden.¹³ Sie bieten aber „ein signifikantes Potenzial an komplementären Dimensionen zur Untersuchung und Bewertung von Demokratiequalität und ihren Voraussetzungen im Bereich Zivilgesellschaft und soziales Kapital“ (Wiesner 2018: 347).

¹² Die Themen der theoriegeleiteten Workshops waren „Was ist Demokratie?“, „Wie misst man Demokratie?“, „Was ist Aktivierung?“ und „Was bedeutet Nachhaltigkeit?“. Daran anknüpfend wurden in weiteren Workshops Leitbild, Ziele und Maßnahmen sowie Indikatoren zur Überprüfung der Wirksamkeit des Quartiersmanagements erarbeitet.

¹³ Zur Frage „Wie misst man Demokratie?“ siehe u.a. auch Marschall 2014: 69ff.

Abbildung 5: Bausteine und Erfolgsdimensionen für die Stärkung lokaler Demokratie

Baustein	Ziele / Erfolgsdimensionen	Indikatoren (Auswahl)
Imagewandel eines Quartiers fördern	Imagewandel eines Quartiers (innen/außen)	<ul style="list-style-type: none"> Wohnstandortwahl, Besuch von Festen im Quartier Bereitschaft wächst, etwas für das Quartier zu tun, Kommunikationskultur, Rückgang von Beschwerden
Fluktuation reduzieren	Fluktuation beeinflussen	<ul style="list-style-type: none"> Positives Verhältnis von Zu- und Fortzügen Zunahme von Schul- und Kindergartenanmeldungen Beteiligung im Stadtteil und Erreichbarkeit der Menschen
Zivilgesellschaft/ Sozialkapital stärken	Selbsttragende Beteiligungsstrukturen aufbauen	<ul style="list-style-type: none"> Effizienz und Ergebnisse der Beteiligungsstrukturen Zusammensetzung der neuen Gremien Schaffung von Zugängen zu örtlichen und städtischen Gremien
	Aktivierung der Bewohner	<ul style="list-style-type: none"> Wahlbeteiligung steigt, Teilnahme an verschiedenen Aktivitäten mit der institutionalisierten Politik Panorama der Gruppen und Vereine wird breiter
Identifikation mit dem Quartier	Identifikation mit dem Stadtteil als Basis für demokratische Identifikation und Aktivitäten auch auf anderen politischen Ebenen erhöhen	<ul style="list-style-type: none"> Selbsthilfe, Selbstorganisation, Selbstverantwortung, Beteiligung an Aktivitäten, Gruppen und Vereinen, Engagement in Gremien und ehrenamtliches Engagement, Beteiligung an Entscheidungsprozessen, Werkstätten.
Integration/Inklusion	Alle Menschen in die Gemeinschaft einbeziehen und akzeptieren, wie sie sind – ohne Zwang zur Assimilation, aber unter Akzeptanz der gemeinsamen Spielregeln	<ul style="list-style-type: none"> Mitentscheidung und Teilhabe eines breiten Panoramas von unterschiedlichen Personen und Gruppen (Grad der Durchmischung der Aktiven, Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen).
Wissenszuwachs/ Informiertheit fördern	Alle Menschen im Stadtteil kennen ihre Möglichkeit, sich am demokratischen Leben zu beteiligen und können die Spielregeln und Praktiken des demokratischen Lebens üben und lernen	<ul style="list-style-type: none"> Nutzung von Aktivitäten und Angeboten, Besetzung von Gremien und Gruppen, Funktionierende demokratische Prozesse und Entstehung von Initiativen
Kompetente Nachbarschaft / Rückgang von Konflikten (Querschnittsthema)	Menschen für gesellschaftliche und demokratische Teilhabe auf Augenhöhe befähigen	<ul style="list-style-type: none"> Menschen treten selbstbewusst und kompetent auf, übernehmen Verantwortung und können ihre Belange vertreten, Menschen treten füreinander ein, Wertschätzung füreinander ist gewachsen und Toleranz wird gelebt, Beteiligungsstrukturen, Netzwerke bestehen, Verständigungsprozesse und Meinungsbildung funktionieren.
Bessere Wohn- und Lebensbedingungen (Oberziel)	Die Wohn- und Lebensbedingungen haben sich spürbar verbessert	<ul style="list-style-type: none"> Bauliche Verbesserungen, Verbesserungen der Infrastruktur, Zeitnahe Umsetzung erzielter Ergebnisse von Beteiligungsprozessen Nachhaltigkeit der Ergebnisse

Quelle: Eigene Darstellung in enger Anlehnung an Wiesner (2018: 293ff.)

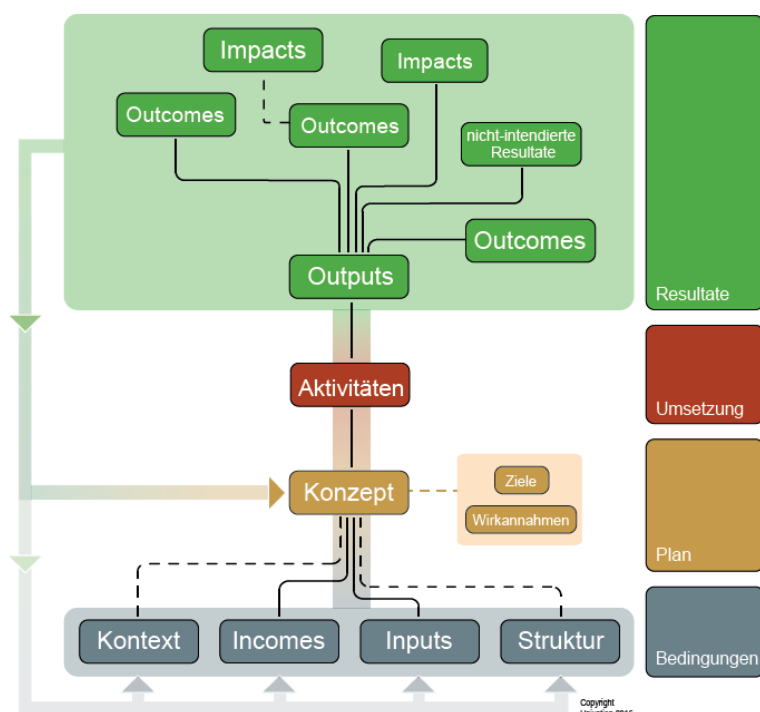
5.4. Modelle in der wirkungsorientierten Evaluation

Wirkungsmodelle stellen einen zentralen Bezugsrahmen für die wirkungsorientierte Planung und Steuerung in zahlreichen Feldern dar. Zusammen mit Indikatoren bilden sie die Grundlage für Monitoring und Evaluation. Ein Wirkungsgefüge dient dazu, die Zusammenhänge zwischen den Beiträgen der verschiedenen Beteiligten, den Aktivitäten, den kurz- und mittelfristig angestrebten Ergebnissen sowie den mittel- und langfristig verfolgten Zielen und Wirkungen deutlich zu machen. Den in einem Wirkungsgefüge beschriebenen Aktivitäten, Ergebnissen und Zielen werden Indikatoren zugeordnet, die eine Evaluation des Programms, der umgesetzten Aktivitäten sowie der Erreichung der angestrebten Ergebnisse und Ziele ermöglichen soll.

Programmbaum und Resultatetreppe von Univation

In der Geschichte der Evaluation gibt es vielfältige Versuche, die Komplexität von Programmen¹⁴ durch die Modellierung von Wirkungszusammenhängen zu veranschaulichen: „Es geht darum, die relevanten Elemente der Wirklogik des betreffenden Programms zu identifizieren, diese in ihrem Zusammenhang systematisch zu beschreiben und damit evaluierbar zu machen“ (Beywl/Niestroj 2009: 138). Auf der Grundlage verschiedener Vorbilder und Vorarbeiten hat *Univation Institut für Evaluation* den „Programmbaum“ als ‚Landmarke der wirkungsorientierten Evaluation‘ ein umfassendes logisches Modell entwickelt, dass sich an Evaluierende und Programmverantwortliche richtet. Der Programmbaum veranschaulicht den logischen Zusammenhang zwischen Aktivitäten bzw. Interventionen sowie den Resultaten und bringt diese in eine systematische Form. Unterschieden wird dabei zwischen Bedingungen (Kontext, Incomes, Inputs, Struktur), Plan (Konzept, Ziel-system), Aktivitäten und Outputs (Umsetzung) sowie den Resultaten von Programmen (Outcomes, Impacts) (vgl. Beywl/Niestroj 2009: 140ff; siehe zum Programmbaum auch *Abbildung 6*).

Abbildung 6: Der Programmbaum mit seinen Elementen



Quelle: Univation (2009)

¹⁴ Programme werden hier als „Bündel von Maßnahmen“ verstanden, die auf bestimmten Bedingungen basieren und einem Konzept folgen, das mit einer Reihe von Interventionen auf bestimmte bei den Zielgruppen zu erreichende Resultate gerichtet ist (<https://eval-wiki.org/glossar/Programmevaluation>).

In der wirkungsorientierten Evaluation, wie sie im Programmbaum modelliert wird, werden Outputs, Outcomes und Impacts unterschieden. Während *Outputs* Wirkungen bezeichnen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Interventionen eines Programms stehen wie z.B. Leistungen/Produkte oder Teilnehmerzahlen, beziehen sich *Outcomes* auf Resultate bei Zielgruppen wie Veränderungen von Einstellungen, Wissen und Kompetenzen sowie beim Verhalten oder der Lebenslage. *Impacts* gehen über die bei Zielgruppen auftretenden Outcomes hinaus und beschreiben Veränderungen in Kommune oder Gesellschaft wie bspw. Veränderungen des Miteinanders im Quartier oder der politischen Teilhabe in der Kommune. Die Resultate- oder Wirkungstreppe¹⁵ bezeichnet dabei ein Modell von sieben aufeinander aufbauenden Stufen, wobei die ersten drei zunächst den *Output* im Sinne der Leistungen, die ein Akteur zur Verfolgung eines Ziels erbringt, umfassen. Erst wenn „Aktivitäten wie geplant stattfinden“ (1) und von den Zielgruppen wahrgenommen (2) und akzeptiert (3) werden kann sich eine Wirkung einstellen. Die mögliche Wirkung betrifft – im Sinne von *Outcomes* – zunächst die Zielgruppen selbst, sobald diese ihre Haltungen bzw. Fähigkeiten in Bezug auf die Zielstellung verändern (4). Anschließend können diese ihr Handeln verändern (5), was das Modell als Voraussetzung für die vorletzte Stufe, eine positive Wirkung auf die Lebenslage der Zielgruppe (6), postuliert. Die höchste Stufe bildet der *Impact*, der über positive Wirkungen bei Zielgruppen in der Gesamtgesellschaft erreicht werden kann (7) (vgl. *Abbildung 7*).

Abbildung 7: Wirkungstreppe von Phineo



Quelle: PHINEO 2021, angelehnt an die Resultatetreppe von Univation (2009)

Der Resultate- oder Wirkungstreppe liegt die Überlegung zugrunde, „dass es oft eines Resultats auf einer niedrigeren Stufe bedarf, damit ein Resultat auf einer höheren Stufe eintreten kann. So ist bspw. die erweiterte Kenntnis von Recherchemöglichkeiten nach Ausbildungsplätzen (Outcome I) eine Voraussetzung dafür, dass Jugendliche eine verstärkte und gezielte Bewerbungstätigkeit entfalten können (Outcome II)“ (Beywl/Niestroj 2009: 145). Ein Denken und Planen von Programmverantwortlichen in diesen Abfolgen von Resultaten bzw. Wirkungen erhöhe die Konsistenz von Programmmentwürfen und zeige die verschiedenen Ansatzpunkte für Fragestellungen und Erhebungen in der Programmevaluation (ebd.). Es sei zudem ein wichtiges Kriterium für die „Güte und Tauglichkeit“ von Programmen, „dass die Kette von den Outputs I bis hin zu den Impacts geschlossen, jedes Glied sichtbar und beschrieben ist“ (Beywl/Nistroj 2009: 145).

¹⁵ Die Resultatetreppe von Univation wurde von PHINEO als „Wirkungstreppe“ aufgegriffen und verbreitet. PHINEO beschreibt sich selbst als unabhängiges, gemeinnütziges Analyse- und Beratungshaus für wirkungsvolles gesellschaftliches Engagement. <https://www.phineo.org/>.

Das Schaubild soll Programmverantwortlichen dabei helfen, ihre Ziele zu klären und genau festzulegen, wie herausfordernd diese ausfallen sollen bzw. welche Stufe die Verantwortlichen erreichen wollen. Dabei hänge es stets vom jeweiligen Programm ab, ob das Erreichen des Output-Ziels „Erreichung der richtigen Zielgruppen“ bereits eine große Herausforderung darstellt wie z.B. bei vielen Benachteiligtenprogrammen, oder ob es sich (fast) von selbst einstellt, wie beispielsweise in der ersten Klasse der Grundschule (ebd.). Jedes Programm brauche daher „seine eigene Gradierung an Zielen für die verschiedenen Resultatebenen“ und müsse diese im Konzept ausweisen (ebd.: 146).

Die Abstufung von Resultaten (Unterscheidung Outputs und Outcomes erster, zweiter und dritter Ordnung) in der „Resultatetreppe“ soll veranschaulichen, „dass es oft eines Resultats auf einer niedrigeren Stufe bedarf, damit ein Resultat auf einer höheren Stufe eintreten kann. So ist bspw. die erweiterte Kenntnis von Recherchemöglichkeiten nach Ausbildungsplätzen (Outcome I) eine Voraussetzung dafür, dass Jugendliche eine verstärkte und gezielte Bewerbungstätigkeit entfalten können (Outcome II). Ein Denken und Planen in diesen Abfolgen erhöht die Konsistenz eines Programmentwurfs und zeigt die verschiedenen Ansatzpunkte für Fragestellungen und Datenerhebungen in der Programmevaluation“ (Beywl/Niestroj 2009: 145).

Der Resultate- oder Wirkungstreppe liegt die Überlegung zugrunde, „dass es oft eines Resultats auf einer niedrigeren Stufe bedarf, damit ein Resultat auf einer höheren Stufe eintreten kann. So ist bspw. die erweiterte Kenntnis von Recherchemöglichkeiten nach Ausbildungsplätzen (Outcome I) eine Voraussetzung dafür, dass Jugendliche eine verstärkte und gezielte Bewerbungstätigkeit entfalten können (Outcome II)“ (Beywl/Niestroj 2009, 145). Ein Denken und Planen von Programmverantwortlichen in diesen Abfolgen von Resultaten bzw. Wirkungen erhöhe die Konsistenz von Programmentwürfen und zeige die verschiedenen Ansatzpunkte für Fragestellungen und Erhebungen in der Programmevaluation (ebd.). Es sei zudem ein wichtiges Kriterium für die „Güte und Tauglichkeit“ von Programmen, „dass die Kette von den Outputs I bis hin zu den Impacts geschlossen, jedes Glied sichtbar und beschrieben ist“ (Beywl/Nistroj 2009: 145).

Das Schaubild soll Programmverantwortlichen dabei helfen, ihre Ziele zu klären und genau festzulegen, wie herausfordernd diese ausfallen sollen bzw. welche Stufe die Verantwortlichen erreichen wollen. Dabei hänge es stets vom jeweiligen Programm ab, ob das Erreichen des Output-Ziels „Erreichung der richtigen Zielgruppen“ bereits eine große Herausforderung darstellt wie z.B. bei vielen Benachteiligtenprogrammen, oder ob es sich (fast) von selbst einstellt, wie beispielsweise in der ersten Klasse der Grundschule (ebd.). Jedes Programm brauche daher „seine eigene Gradierung an Zielen für die verschiedenen Resultatebenen“ und müsse diese im Konzept ausweisen (ebd.: 146).

Erläuterung der Elemente von Programmbaum und Wirkungstreppe

- **Kontext:** Gesamtheit der Systemumwelt eines Programms auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene (z. B. geographische, soziale, rechtliche oder politische Rahmenbedingungen).
- **Struktur:** Bedingungen beim Träger eines Programms sowie darüber hinaus weitere an einem Programm beteiligten Institutionen und/oder Personen mit ihren Beziehungen und Verantwortungsbereichen,
- **Incomes:** Ressourcen wie Kenntnisse, Haltungen oder Kompetenzen, die Mitglieder der Zielgruppen in ein Programm einbringen.
- **Inputs:** Finanzielle, personale oder andere Ressourcen, die in ein Programm eingebracht werden.
- **Konzept:** Gedankliche Überlegungen von Verantwortlichen eines Programms zur Frage, „mit Hilfe welcher Interventionen welche Resultate bis wann, wo/bei wem ausgelöst werden sollen und wie der Programmprozess insgesamt gesteuert und überwacht werden soll“.

- **Zielsystem:** Gesamtheit der expliziten, schriftlich dargelegten Ziele eines Programms auf drei Konkretionsstufen: (1) Leitziele bezeichnen weit gesteckte, abstrakte Ziele, die durch ein Programm erreicht werden sollen. (2) Mittlerziele verbinden Leitziele mit den Detailzielen eines Programms. Sie beschreiben und konkretisieren die Schwerpunkte im Bereich des Leitziels und können mittelfristig erreicht werden. (3) Detailziele sind konkretisierte Mittlerziele, die möglichst **spezifisch, messbar, akzeptabel, realistisch** und **terminiert** sein sollten (S.M.A.R.T.) .
- **Aktivitäten:** Handlungen der im Programm haupt- oder ehrenamtlich Tätigen: (a) Interventionen, die sich auf die Zielerreichung richten, (b) ergänzende Aktivitäten, welche die Interventionen ermöglichen oder unterstützen, und (c) Zielgruppen-Aktivitäten, die eine aktive Beteiligung der Zielpersonen erfordern.
- **Outputs:** In unmittelbarem Zusammenhang mit den Interventionen eines Programms stehende Resultate in Form von Leistungen/Produkte, Teilnehmer- und Nutzerzahlen sowie Zufriedenheit der Zielgruppen.
- **Outcomes:** Intendierte Resultate bei Zielgruppen, wie z. B. Veränderungen bei Einstellungen, sozialen Werten, Wissen und Kompetenzen sowie beim Verhalten oder in der Lebenslage/dem Status der Zielpersonen.
- **Impacts:** Resultate eines Programms, die über die bei Zielgruppen auftretenden Outcomes hinausgehen, z. B. in Form von Veränderungen des Miteinanders im Quartier oder der politischen Teilhabe in der Kommune.
- **Nicht intendierte Resultate:** Wirkungen eines Programms, die nicht als Ziele vorgesehen sind, also außerhalb der im Konzept festgehaltenen Ziele liegen.

Quelle: Univation (Beywl/Niestroj 2009)

Im Rahmen eines Workshops der Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung Berlin zum Thema Wirkung der Gemeinwesenarbeit am 10. Oktober 2018 wurde die Übertragbarkeit des Phineo-Modells von Akteuren aus der Gemeinwesenarbeit kritisch diskutiert. Da die Gemeinwesenarbeit ein Konzept darstellt, das herausfordernde Ziele auf allen Stufen der Wirkungstreppe erreichen möchte, von der Aktivierung benachteiligter Gruppen über die Veränderung von Einstellungen und Kompetenzen, die Stärkung von Handlungskompetenzen und die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagement bis hin zu Veränderungen auf der kommunalen/gesellschaftlichen Ebene, ist die Treppe als ein zentrales Evaluationsinstrument interessant. Diese könnte in Bezug auf die demokratiefördernde Wirkung der Gemeinwesenarbeit tiefergehend bearbeitet werden. Insbesondere im Hinblick auf die empirischen Erhebungen vor Ort könnte es hilfreich sein, mit Hilfe der Wirkungstreppe zu klären, welche Ziele die Verantwortlichen auf den unterschiedlichen Ebenen verfolgen, welche Mittel sie zur Erreichung dieser Ziele einsetzen und welche Wirkungen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene festzustellen sind.

Zwischenfazit

In der Stadt- und Regionalforschung (Sedlacek 2004; Rolfes/Wilhelm 2014), der Sozialplanung (Reichwein et al. 2011) und der sozialen Arbeit (Haubrich 2009; Halves et al. 2014) sind Evaluationen und Wirkungsanalysen in den letzten Jahren von zunehmender Bedeutung geworden, um die intendierten und nicht intendierten Wirkungen von Interventionen zu erfassen, die Wirksamkeit von Programmen und Projekten zu analysieren sowie die zielgerichtete Verwendung von Mitteln zu gewährleisten. Eine an ihrer Wirkung orientierte soziale Arbeit setzt dabei ein übergreifendes Konzept, ein differenziertes Zielsystem mit Ober-, Mittler- und Detailzielen, klar definierte Zielgruppen, konkrete Wirkungsebenen und aussagekräftige Indikatoren zur Erfassung und Bewertung der Zielerreichung voraus (vgl. Reichwein et al. 2011; Schmidt 2015; Beywl/Niestroj 2009).

In der wissenschaftlichen Literatur werden eine Reihe von Besonderheiten hervorgehoben, die die eine Bewertung der Wirkungen von Interventionen in städtischen Kontexten erschweren (vgl. Rolfes/Wilhelm 2014: 26; siehe auch Kalter et al. 2015): *Erstens* sei der Nachweis von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen in sozialen Räumen bei Ansätzen und Programmen, die einen multisektoralen Interventionsansatz verfolgen und eine differenzierte Zielstruktur beinhalten (z.B. Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt) erschwert, da auch die Langfristigkeit von sozialen Prozessen berücksichtigt werden muss, *zweitens* mangle es auf der Quartiersebene in der Regel an aussagekräftigen Daten und Indikatoren und *drittens* verleite ein raumbezogener Blick dazu, räumlich nah beieinander liegende Phänomene wie z.B. ökonomische Armut und sozial abweichendes Verhalten kausal miteinander zu verknüpfen (ebd.: 27). Rolfes und Wilhelm (2014: 30f.) verweisen zudem auf Spezifika der Stadtentwicklung wie Besonderheit der politischen Sphäre, raumbezogene Interventionsstrategien und Agieren in Netzwerken.

Die Konzipierung von Wirkungsmodellen zur lokalen Demokratie, die Bestimmung von Bausteinen, Erfolgsdimensionen und Indikatoren einer aktiven Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit zur Förderung von lokaler Demokratie sowie die Anwendung von Instrumenten aus der wirkungsorientierten Evaluation (Programmbaum, Wirkungstreppe) bieten anregende Grundlagen für die Bestimmung der Potenziale von Gemeinwesenarbeit für die Stärkung von lokaler Demokratie und die Modellierung eines Wirkungsgefüges, dass Rahmenbedingungen, konzeptionelle Grundlagen und Zielsysteme der Gemeinwesenarbeit in ihren Wirkungen auf den verschiedenen Zielebenen differenziert in den Blick nimmt und zueinander ins Verhältnis setzt.

6. Wirkungsgefüge-Modell Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie

Das Wirkungsgefüge-Modell „soll idealtypisch abbilden, auf welche Weise Gemeinwesenarbeit direkt und indirekt zur lokalen Demokratieförderung beitragen kann“ (vhw 2018: 3). Im Folgenden entwickeln wir anknüpfend an Erfolgsdimensionen und Wirkungsindikatoren von Gemeinwesenarbeit für die Stärkung lokaler Demokratie sowie grundlegenden Wirkungsmodellen in der Evaluationsforschung – einen Vorschlag, wie die Wirkungszusammenhänge zwischen Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie abgebildet werden können. In einem ersten Schritt benennen wir drei zentrale Themenfelder, in denen Gemeinwesenarbeit einen wesentlichen Beitrag zur lokalen Demokratieentwicklung erbringt. Weiterhin benennen wir in einem zweiten Schritt wesentliche Rahmenbedingungen und veranschaulichen die Wirkungszusammenhänge zwischen Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie in zwei aufeinander aufbauenden Modellen. In einem dritten Schritt benennen wir Wirkungsannahmen und unterlegen die identifizierten Bausteine mit Erfolgsdimensionen, Zielen und Indikatoren, die eine Überprüfung der Wirkungsannahmen im Rahmen der empirischen Erhebungen vor Ort ermöglichen.

6.1. Zentraler Beitrag von Gemeinwesenarbeit in drei Themenfeldern

In der vorliegenden Studie wird, wie im Angebot beschrieben, der zentrale Beitrag der Gemeinwesenarbeit für die lokale Demokratieentwicklung in drei Themenfeldern gesehen:

- (1) Förderung des sozialen Miteinanders im Stadtteil,
- (2) Förderung des kommunikativen Austauschs und der Konfliktvermittlung,
- (3) Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

(1) Förderung des sozialen Miteinanders

Im Gemeinwesen leben viele verschiedene Gruppen und Milieus nebeneinander, die häufig wenig bis keinen Kontakt zueinander haben. Der mangelnde Transfer ihrer Anliegen und Interessen resultiert in Vorurteilen

und sozialen Konflikten, Teile der Gesellschaft werden marginalisiert oder von Teilhabe ausgeschlossen. Begegnung und Austausch können im Sinne einer Resonanzsphäre für Vielfalt sensibilisieren, der Entwicklung von Parallelwelten etwas entgegensetzten und zur Entstehung von Solidarität beitragen, wofür Angebote zum Brückenbau zwischen den verschiedenen Gruppen zentral erscheinen. Dies erfordert ein ressourcenorientiertes und vernetzendes Vorgehen der Gemeinwesenarbeit.

(2) Förderung des kommunikativen Austauschs und der Konfliktvermittlung

Die Förderung einer lebendigen Dialog-, Partizipations- und Streitkultur im Stadtteil, die Vermittlung zwischen unterschiedlichen und zum Teil gegenläufigen Interessen ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Hierbei gilt es jedoch auf die Inklusion und das Empowerment aller Menschen und Akteure im Stadtteil zu achten und vielfältige Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, von der klassischen Dialogveranstaltung am Abend bis hin zu Gesprächsrunden an Spielplätzen oder Straßenfesten. Die Auseinandersetzung mit verschiedenen Interessen ist häufig nicht konfliktfrei, sondern erzeugt Reibung. Gemeinwesenarbeit fördert die Auseinandersetzung mit verschiedenen Meinungen, die Konfliktvermittlung und die Suche nach win-win-Lösungen.

(3) Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung der Zivilgesellschaft

Mit dem Wandel von Beteiligungsansprüchen und Beteiligungsformen verändert sich das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunalpolitik und -verwaltung. Eine Vielzahl selbstorganisierter, oft thematisch ausgerichteter Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern fordert eine konkrete Einbindung in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. In diesem erweiterten, zunehmend unstrukturierten Feld lokaler Akteure wird der demokratische Interessenausgleich immer vielschichtiger und stellt wachsende Anforderungen an alle Beteiligten, die es auch in einem Stadtteil zu begleiten und zu vernetzen gilt im Sinne eines partizipativen Lernens. Hierbei sollen insbesondere die Menschen ermutigt werden sich für Verbesserungen im Gemeinwesen zu engagieren, die von sich aus nicht auf die Idee kommen sich selbst zu organisieren. Ähnliche Interessen und Bedürfnisse von verschiedenen Menschen sollen im Sinne kollektiver Selbstorganisation zusammengeführt und deren Inhalte auch auf politischer Ebene Gehör verschafft werden. Die Menschen erlernen demokratische und kooperative Werte und Normen und eine aktive Zivilgesellschaft wird gefördert.

Diese demokratiefördernden Aspekte der Gemeinwesenarbeit können auf verschiedenen Ebenen wirken:

- individuelle Ebene der Bewohner*innen,
- gruppenbezogene, zivilgesellschaftliche Ebene,
- kommunale Ebene mit Politik und Verwaltung.

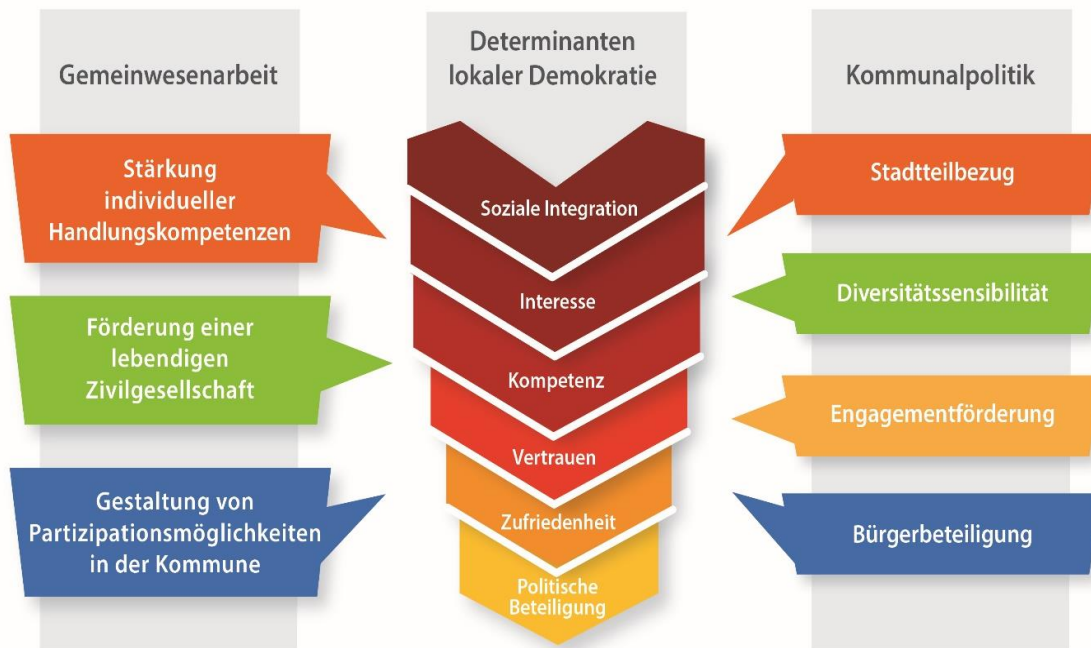
6.2. Wirkungsgefüge-Modell von Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie

Die beiden folgenden Grafiken modellieren die Wirkungen von Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie: Das **Wirkungsmodell Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie** veranschaulicht die Wirkungszusammenhänge zwischen den Handlungsebenen von Gemeinwesenheit und den Determinanten lokaler Demokratie. Eine aktive Gemeinwesenarbeit verbessert die soziale Integration der Bewohner*innen und stärkt individuelle Handlungskompetenzen. Begegnung und Dialog tragen zum Abbau von Vorurteilen bei, fördern Vertrauen in die Mitmenschen und die Bildung von brückenbildendem sozialen Kapital. Die Förderung einer lebendigen Zivilgesellschaft und die Mitgestaltung von Partizipationsmöglichkeiten durch die Gemeinwesenarbeit sind wiederum eine Voraussetzung für die Ausbildung von politischem Vertrauen und Zufriedenheit. Diese Determinanten lokaler Demokratie können sich schließlich positiv auf die Bereitschaft zur politischen Beteiligung am demokratisch-repräsentativen System und an anderen Formen der Bürgerbeteiligung auswirken (siehe *Abbildung 8*).

Abbildung 8: Wirkungsmodell Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie

© der Sozialforschung Berlin.de

Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie



Eigene Darstellung (Entwurf: Frank Gesemann, Gestaltung: Ellen Windmüller)

Die Strukturierungshilfe für Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie beschreibt die verschiedenen Ziele und Erfolgsdimensionen von Gemeinwesenarbeit, die zur Stärkung der lokalen Demokratie durch eine aktive Zivilgesellschaft, Partizipation und Responsivität beiträgt: Förderung des sozialen Miteinanders – Kommunikativer Austausch, Interessenausgleich und Konfliktvermittlung – Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Diese Ziele und Erfolgsdimensionen differenzieren sich nach den Handlungsebenen Individuum, Zivilgesellschaft und Kommune weiter aus. Die Potenziale der Gemeinwesenarbeit werden dabei durch konzeptionelle Grundlagen und Ressourcen sowie strukturelle, sozialräumliche und akteursbezogene Bedingungen geprägt (siehe *Abbildung 9*).

Hierbei ist die Gemeinwesenarbeit stark von ihren Rahmenbedingungen geprägt, die ihre Arbeitsbedingungen beeinflussen und sich auf die Arbeit vor Ort auswirken.

Rahmenbedingungen von Gemeinwesenarbeit

Strukturelle Faktoren

- Struktur (Anbindung an Verwaltung und Politik, Häufigkeit des Austausches, Intensität der Kooperation)
- Einflüsse durch lokale-regionale-bundespolitische-EU Gesetze
- Finanzierung (finanzielle Zuwendung kurz-mittel-langfristig, Spenden, Eigenmittel, Kontinuität, Landesförderprogramm etc.)

Sozialräumliche Faktoren

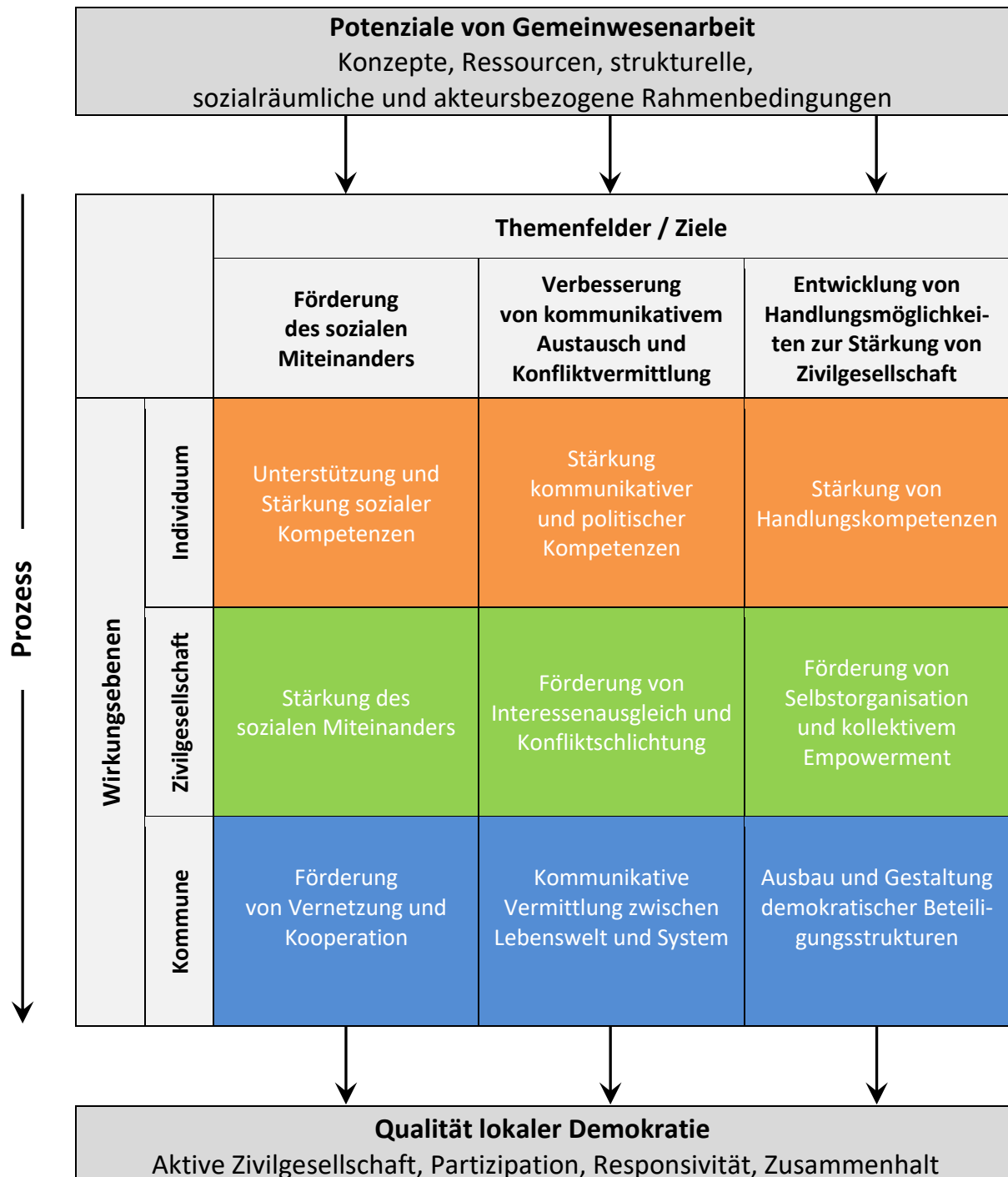
- Ressourcen, räumliche Gegebenheiten, Größe des Gebietes
- Zusammensetzung Bewohnerschaft
- Zeit (Dauer der Arbeit im Quartier insgesamt)
- Demographisches Konfliktpotential
- Wirtschaftslage

Akteursbezogene Faktoren

- Mitarbeiter*innen (Anzahl, Arbeitszeit, Arbeitsdauer, Haltung)
- Arbeitsweise und Arbeitsinhalte (Konzept, Flexibilität, Freiräume, Parteilichkeit, Intermediarität)
- Einrichtung der Gemeinwesenarbeit (Lage und Erreichbarkeit, Größe und Ausstattung, Träger)
- Einstellungen und Interessen der Bewohner*innen

Diese Rahmenbedingungen können sich fördernd oder hemmend auf die Gemeinwesenarbeit auswirken. So kann z.B. eine projektbezogene Finanzierung der Gemeinwesenarbeit einer kontinuierlichen Arbeit der Gemeinwesenarbeit entgegenstehen, da eine Mitarbeiterbindung guter Fachkräfte kaum möglich ist und mit jedem Personalwechsel der Vertrauens- und Beziehungsaufbau im Gebiet von vorn beginnt.

Abbildung 9: Strukturierungshilfe für Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie



Eigene Darstellung (Gestaltung: Alexander Seidel)

6.3. Erfolgsindikatoren

Für die drei Themenfelder Förderung des Sozialen Miteinanders, Verbesserung von kommunikativem Austausch, Interessenausgleich und Konfliktvermittlung sowie Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten – Stärkung von Zivilgesellschaft haben wir in einem *dritten Schritt* Ziele und Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit identifiziert und nach unterschiedlichen Handlungsebenen gruppiert. Wir haben uns dabei an den Ansätzen von Ladner/Bühlmann (2007) und Wiesner (2018), den Qualitätsstandards der Gemeinwesenarbeit (LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen et al. 2016) sowie den Prinzipien der Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin (Riede 2019) orientiert und diese weiterentwickelt. Berücksichtigt wurden zudem Anregungen eines bundesweiten Netzwerktreffens der *Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit* zum Thema Potenziale der Gemeinwesenarbeit für die lokale Demokratie vom 23. November 2018 in Berlin.

Abbildung 10: Ziele und Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie

Ziele	Wirkungsannahmen
1. Förderung des sozialen Miteinanders	
Wirkungsannahme: Die Stärkung des sozialen Miteinanders der Menschen verbessert die soziale Integration, erhöht das Vertrauen und vergrößert die Identifikation der Bewohner*innen mit dem Gebiet	
Unterstützung und Stärkung sozialer Kompetenzen (Individuum)	Durch niedrigschwellige Beratungshilfen und Angebote werden Menschen bei der Sicherung ihrer materiellen Existenz unterstützt und Vertrauen aufgebaut sowie bei Interesse versucht, in bestehende Angebote zu integrieren, um die Zugehörigkeit und die Eingebundenheit zu verbessern. Das Eingebunden-Sein und Angenommen-Werden stärkt das Selbstwertgefühl der Menschen und ermutigt sie zu weitergehenden Aktivitäten.

Stärkung der sozialen Einbindung (Zivilgesellschaft)	Durch niedrigschwellige Möglichkeiten für Begegnung kann ein Kennenlernen von Menschen anderer Gruppen, Generationen und Milieus sowie ein Austausch über lokale Themen stattfinden, wodurch wechselseitige Lernprozesse entstehen, die das Zugehörigkeitsgefühl stärken. Begegnung und ein gemeinsames miteinander Tun fördern das Vertrauen in die Mitmenschen, helfen Vorurteile abzubauen und verbessern die Teilhabemöglichkeiten der Menschen.
Förderung von Zugehörigkeit und Identifikation mit dem Gebiet (Kommune)	Eine Verbesserung des Informationsaustausches und der Vernetzung der Akteure und Menschen vor Ort ermöglichen mehr Miteinander, Austausch und Begegnungen, was das Zusammengehörigkeitsgefühl von Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen von Institutionen stärkt.

2. Verbesserung von kommunikativem Austausch und Konfliktvermittlung

Wirkungsannahme: Ein verbesserter kommunikativer Austausch im Stadtteil trägt zum Informationsaustausch bei und fördert das Verständnis für Chancen und Herausforderungen demokratischer Prozesse (verschiedene Meinungen und die Notwendigkeit für Kompromisse).

Stärkung kommunikativer und politischer Kompetenzen (Individuum)	Das Bewusstsein eigener lokalpolitischer Themen, zu denen die Menschen einen direkten Bezug haben, fördert das Verständnis für politische Aktivitäten und Prozesse. Durch die Teilnahme an Dialogveranstaltungen und das Kennenlernen von Aushandlungsprozessen vergrößern die Menschen ihr Verhaltensrepertoire hinsichtlich Kommunikation und Konfliktlösung.
Förderung von Interessenausgleich und Konfliktschlichtung (Zivilgesellschaft)	Die Beteiligung an gut organisierten und moderierten Dialogverfahren, das Gehört- und Ernstgenommen werden mit eigenen Themen und Sorgen kanalisiert vorhandene Emotionen, fördert das Verständnis für unterschiedliche Interessen und die Bereitschaft für Kompromisse mit anderen Interessen(gruppen).
Kommunikative Vermittlung zwischen Lebenswelt und System (Kommune)	Eine kommunikative Vermittlung zwischen den Interessen der Bewohner*innen, den zuständigen Politiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen verbessert die Responsivität, hilft Ressourcen bürgernäher zu verwenden und trägt zur Bildung eines breiten Bündnisses für das Gemeinwesen bei.

3. Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Zivilgesellschaft

Wirkungsannahme: Vielfältige partizipative Prozesse vor Ort stärken die demokratischen Handlungskompetenzen der Menschen, fördern die Bereitschaft zur Selbstorganisation und politischen Beteiligung und sind Teil des Ausbaus von basisdemokratischen Beteiligungsstrukturen.

Stärkung von Handlungskompetenzen (Individuum)	Das Aufgreifen von Sorgen und Nöten der Menschen vor Ort ermutigt die Menschen sich für ihr Quartier zu engagieren, was die Identifikation mit dem Quartier stärkt. Durch eine Ermutigung und Begleitung der Menschen sich einzubringen übernehmen die Menschen mehr Verantwortung für Veränderungsprozesse im Gebiet, wodurch die Handlungskompetenz der Menschen wächst. Die Aktivierung von Ressourcen der Bewohner*innen und die Ermutigung, ihre eigenen Interessen zu artikulieren und dafür gemeinsam mit anderen einzutreten, stärken das Selbstbewusstsein, die Selbstwirksamkeit und das Selbstwertgefühl der Menschen.
---	---

<p>Förderung von Selbstorganisation und kollektivem Empowerment (<i>Zivilgesellschaft</i>)</p>	<p>Das Wissen um eine niedrigschwellige Unterstützung für Beteiligungsprozesse stärkt die Bereitschaft der Menschen Verantwortung zu übernehmen und sich für die Bearbeitung von Themen vor Ort in einer Gruppe einzusetzen.</p> <p>Die Teilhabe an Veränderungsprozessen erhöht das Vertrauen der Menschen, ihre Zufriedenheit und ihre Bereitschaft sich an politischen Prozessen zu beteiligen.</p>
<p>Verbesserung von Vernetzung und Ressourcenaustausch zum Ausbau demokratischer Beteiligungsstrukturen (<i>Kommune</i>)</p>	<p>Der Aufbau vielfältiger Partizipationsmöglichkeiten ermutigt die Menschen sich aktiv einzubringen, erhöht ihre Bereitschaft sich an lokalen und kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, was das Zugehörigkeitsgefühl und die Identifikation mit dem Gebiet stärkt.</p>

Eigene Darstellung

Literatur

- Alinsky, Saul D. 1974: Die Stunde der Radikalen. Ein praktischer Leitfaden für realistische Radikale. Gelnhausen und Berlin: Burckhardthaus
- Alinsky, Saul D. 1999: Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen: Lamuv
- Appadurai, Arjun 2017: Demokratiemüdigkeit. In: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp, S. 17-35
- Barber, Benjamin R. 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch [Englisch: Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age. Berkely: University of California Press]].
- Barber, Benjamin R. 2013: If Mayors Ruled the World: Dysfunctional Nations, Rising Cities. New Haven/ London: Yale University Press
- Bertelsmann Stiftung/ Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) 2014: Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Beywl, Wolfgang/ Niestroj, Melanie 2009: Das A-B-C- der wirkungsorientierten Evaluation. Glossar – Deutsch/Englisch – der wirkungsorientierten Evaluation. 2., vollständig bearbeitete und ergänzte Auflage. Köln: Univation – Institut für Evaluation GmbH Dr. Beywl und Associates
- Boer, Jo/ Utermann, Kurt 1970: Gemeinwesenarbeit, Community Organization. Opbouwerk. Einführung in Theorie und Praxis. Stuttgart: Ferdinand Enke
- Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars 2013: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Boulet, Jean Jaak/ Krauß, Ernst Jürgen/ Oelschlägel, Dieter 1980: Gemeinwesenarbeit. Eine Grundlegung. Bielefeld: AJZ
- Damkowski, Wulf/ Rösener, Anke 2003: Auf dem Weg zum aktivierenden Staat. Vom Leitbild zum umsetzungsreifen Konzept. Berlin: edition sigma
- Dewey, John 2001: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. [Original erschienen 1927: The Public and its Problems. New York: Holt Publishers]. Berlin/Wien: Philo
- Dewey, John 2015: Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Fünfte Auflage. [Original erschienen 1916: Democracy and Education. An Introduction to the Philosophy of Education. New York Macmillan]. Weinheim und Basel: Beltz.
- Fehren, Oliver 2016: Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer intermediären Perspektive. In: Drilling, Matthias/ Oehler, Patrick (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS
- Fehren, Oliver / Hinte, Wolfgang 2013: Sozialraumorientierung – Fachkonzept oder Sparprogramm? Lambertus
- Gabriel, Oscar W. 2013: Politische Partizipation. In: Deth, Jan W. van/ Tausendpfund, Markus (Hrsg.): Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen. Wiesbaden: Springer VS, S. 381-411
- Gabriel, Oscar W./ Kersting, Norbert 2014: Politisches Engagement in deutschen Kommunen. Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. In: Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Bertelsmann, S. 43-183

- Geißel, Brigitte/ Roth, Roland/ Collet, Stefan/ Tillmann, Christina 2014: Partizipation und Demokratie im Wandel – Wie verändert sich unsere Demokratie durch neue Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direktdemokratischer Elemente? In: Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Bertelsmann
- Gesemann, Frank/Roth, Roland 2015: Engagement im Quartier. BBSR Online-Publikation, Nr. 4/2017. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Internet: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2015/DL_ON042015.pdf;jsessionid=9097C3C2E07888AD74715A0372A442AA.live21301?__blob=publication-File&v=3 (zuletzt abgerufen am 17.02.2019]
- Gesemann, Frank/Roth, Roland 2017: Erfolgsfaktoren der kommunalen Politik für Geflüchtete. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13372.pdf> (zuletzt abgerufen am 07.02.2019)
- Gesemann, Frank/ Kriemann, Martin/ Luchmann, Christian/ Seidel, Alexander/ Thal, Tom/ Walz, Susanne 2017: Stadtmacherinnen und Stadtmacher. Zur neuen Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Flüchtlingspolitik. Abschlussbericht zur Explorationsstudie im Auftrag des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration/ L.I.S.T – Lösungen im Stadtteil Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
- Gesemann, Frank/ Schwarze, Kristin/ Seidel, Alexander 2019: Städte leben Vielfalt. Fallstudien zum sozialen Zusammenhalt. Gütersloh: Bertelsmann
- Gesemann, Frank/ Seidel, Alexander/ Mayer, Margit 2019: Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen. Abschlussbericht. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung
- Grimm, Gabi/ Hinte, Wolfgang/ Litges, Gerhard 2004: Quartiersmanagement. Eine kommunale Strategie für benachteiligte Wohngebiete. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Berlin: edition sigma
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Habermas, Jürgen 1999: Drei normative Modelle der Demokratie. In: Jürgen Habermas: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 277-292
- Habermas, Jürgen 2007: Kommunikative Rationalität und grenzüberschreitende Politik: eine Replik. In: Peter Niesen, Benjamin Herborth (Hrsg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Halves, Edith/ Lück-Filsinger, Marianne/ Schmidt, Stefan 2014: Evaluation in der Sozialen Arbeit: Entwicklungen und Herausforderungen. In: Wolfgang Böttcher/ Christian Kerlen/ Peter Maats/ Oliver Schwab/ Sonja Sheikl (DeGEVal-Vorstand) (Hrsg.): Evaluation in Deutschland und Österreich. Stand und Entwicklungsperspektiven in den Arbeitsfeldern der DEGEVal – Gesellschaft für Evaluation. Münster: Waxmann, S. 133-138
- Haubrich, Karin 2009: Evaluation in der Sozialen Arbeit in Deutschland. Entwicklungslinien und Besonderheiten am Beispiel der Kinder-, Jugend- Familienhilfe. In: Widmer, Thomas/ Beywl, Wolfgang/ Fabian, Carol (Hrsg.) 2009: Evaluation. Ein systematisches Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 441-449
- Haus, Michael/Kuhlmann, Sabine 2013: Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise? Wiesbaden: Springer VS

- Hinte, Wolfgang 2018: Gemeinwesenarbeit. In: Gunther Graßhoff, Anna Renker und Wolfgang Schröer (Hrsg.): Soziale Arbeit: Eine elementare Einführung. Wiesbaden: Springer VS, S. 205-216
- Hinte, Wolfgang 2019: Gemeinwesenarbeit – unter Wert verkauft? In: Sozial Extra, 43, 6, S. 398-403
- Hinte, Wolfgang/ Karas Fritz 1989: Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung für Ausbildung und Praxis. Neuwied/ Frankfurt a. M.: Luchterhand
- Hinte, Wolfgang/ Lüttringhaus, Maria/ Oelschläger, Dieter 2001: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader für Studium, Lehre und Praxis. Münster: Votum
- Hinte, Wolfgang 2016: Fachgespräch zum Thema „Gemeinwesenarbeit“. Im Deutschen Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“. Kurzprotokoll der 28. Sitzung.
- Holtkamp, Lars 2007: Local Governance. In: Arthur Benz (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 366-377
- Hubbertz, Karl-Peter 1984: Gemeinwesenarbeit in Neubauvierteln. Ansätze zu einem integrativen Handlungsmodell, Münster: LIT
- Kalter, Birgit/ Litges, Gerhard/ Sauter, Matthias 2012: Die Evaluation integrierter Stadtteilentwicklungsprozesse. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Heft 5, S. 359-367
- Kessl, Fabian/ Reutlinger, Christian 2010: Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Kessl, Fabian/ Reutlinger, Christian 2010a: Die (sozialpädagogische) Rede von der Sozialraumorientierung. In: Fabian Kessl / Christian Reutlinger (Hrsg.): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 39-58
- Kieselbach, Janne A. 2017: Benjamin R. Barber: If Majors Ruled the World. In: Frank Eckhardt (Hrsg.): Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 15-29
- Knoll, Michael 2018: Anders als gedacht. John Deweys Erziehung zur Demokratie, in: Zeitung für Pädagogik, Heft 5/2018, zitiert nach <http://www.mi-knoll.de/168401.html> [Zugriffsdatum: 01.05.2018]
- Knott, Michael 2018: Anders als gedacht. John Deweys Erziehung zur Demokratie. In: Zeitschrift für Pädagogik. 64, S. 700-718.
- Kraus, Herta 1951: Amerikanische Methoden der Gemeinschaftshilfe. Community Organization für Social Welfare, in: Soziale Welt. Heft 2, S. 184-192
- Ladner, Andreas/Bühlmann, Marc 2007: Demokratie in den Gemeinden. Der Einfluss der Gemeindegröße und anderer Faktoren auf die Qualität der lokalen Demokratie. Zürich/ Chur: Rüegger
- LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen/LAG Soziale Brennpunkte Hessen/BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, Verband für sozialkulturelle Arbeit 2016: Arbeitspapier Gemeinwesenarbeit (GWA) für die Umsetzung von Gemeinwesenarbeit in der Praxis vor Ort. Fassung vom 16.06.2016. Internet: https://www.lag-nds.de/system/files/dateianhaenge/qualitaetsstandards_der_gwa_-_arbeitshilfe_-_fassung_16.06.2016_0.pdf [Zugriffsdatum 06.01.2019]
- Lüttringhaus, Maria 2011: Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang/ Lüttringhaus, Maria /Oelschlägel, Dieter: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Weinheim: Juventa, S. 277-281
- Marschall, Stefan 2014: Demokratie. Opladen/Toronto: Barbara Budrich

- Martin, Edi 2013: Gemeinwesenarbeit und Systemtheorie. In: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hrsg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Toronto: Barbara Budrich S. 141-153
- Mau, Steffen 2017: Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin: suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.) 2015: Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS
- Merkel, Wolfgang 2015a: Die Herausforderungen der Demokratie. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-42
- Merkel, Wolfgang 2015b: Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS, S. 473-498
- Merkel, Wolfgang 2016: Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 40-42, S. 4-11
- Müller, C.W. 1988: Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit, 2 Bände. Basel: Weinheim
- Noack, Michael 2015: Kompendium Sozialraumorientierung. Geschichte, Theoretische Grundlagen, Methoden und kritische Positionen. Weinheim: Beltz Juventa
- Noack, Michael/ Riede, Milena 2017: Gemeinwesenarbeit und Migration. Brüche und Brücken. In: Riede, Milena/Noack, Michael 2017 Gemeinwesenarbeit und Migration. Aktuelle Herausforderungen in Nachbarschaft und Quartier. Bonn: Stiftung Mitarbeit
- Nolte, Paul 2011: Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 1-2/2011, S. 5-12
- Oehler, Patrick 2018: Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität. Wiesbaden: Springer VS
- Oelschlägel, Dieter 2013: Geschichte der Gemeinwesenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Uri (Hrsg.) 2013: Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen: Barbara Budrich, S. 181-202.
- Oelschlägel, Dieter 2016: Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer parteilichen Perspektive. In: Drilling, Matthias/ Oehler, Patrick. (Hrsg.) 2016: Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. 2.Auflage. Springer VS, S. 45-56
- Oelschlägel, Dieter 2017: Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4, S. 171-175
- PHINEO 2021: Kursbuch Wirkung. Das Praxishandbuch für Alle, die Gutes noch besser tun wollen. In Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung. Autoren: Bettina Kurz, Doreen Kubek. Sechste überarbeitete Auflage. Berlin: PHINEO
- Putnam, Robert 1993: Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press
- Putnam, Robert 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster
- Rausch, Günter 2004: Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen Sozialer Arbeit. In: Odierna, Simone/ Behrendt, Ulrike (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit: Entwicklungslinien und Handlungsfelder. Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher, S. 83-94

- Rausch, Günter 2017: Demokratie beginnt in der Nachbarschaft. Handlungsoptionen der Gemeinwesenarbeit gegen Populismus. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 164, 4, S. 132-134, S. 359-367
- Reichwein, Alfred/ Berg, Annette/ Glasen, Dirk/ Junker, Andreas/ Rottler-Nourbaksch, Janine/ Vogel, Stephanie 2011: Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen. Unter Mitarbeit von Martina Trauth-Koschnick/KGSt Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement. Im Auftrag des. Düsseldorf. Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Internet: file:///C:/Users/DESI/Documents/Downloads/Handbuch_Sozialplanung_Nov2017.pdf [Zugriffsdatum: 31.12.2018]
- Riede, Milena 2017: Brückenbau und Demokratieförderung durch Gemeinwesenarbeit in heterogenen Nachbarschaften. In: Sozialraum.de Ausgabe 1/2017 Abrufbar unter: <https://www.sozialraum.de/ausgabe-1-2017.php> [Zugriffsdatum: 08.08.2018]
- Riede, Milena 2017a: Wirksamkeit von Gemeinwesenarbeit? Vortrag im Rahmen der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit am 20.11.2017 in Berlin. Die Präsentation ist auf den Webseiten der BAG zu finden unter folgendem Link: <https://www.bagsozialstadtentwicklung.de/sites/default/files/2019-11/BAG%20%281%29.pdf> [Zugriffsdatum: 09.03.2021]
- Riede, Milena 2019: Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf/ Drilling, Matthias/ Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS, S. 67-87
- Riede, Milena/ Rothschuh, Michael/ Stracke-Baumann, Claudia/ Zychlinksi, Jan 2017: Gemeinwesenarbeit und Geflüchtete – Inklusive GWA in neuen Nachbarschaften. In: Riede, Milena/ Noack, Michael (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und Migration. Bonn: Stiftung Mitarbeit
- Rolfes, Manfred/ Wilhelm, Jan Lorenz 2014: Evaluationspraxis und Evaluationsforschung im Kontext der Stadt- und Regionalforschung. In: Wolfgang Böttcher/ Christian Kerlen/ Peter Maats/ Oliver Schwab/ Sonja Sheikh (DeGEVal-Vorstand) (Hrsg.): Evaluation in Deutschland und Österreich. Stand und Entwicklungsperspektiven in den Arbeitsfeldern der DEGEVal – Gesellschaft für Evaluation. Münster: Waxmann, S. 21-35
- Rosa, Hartmut 2016: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp
- Roß, Paul-Stephan 2012: Demokratie weiter denken: Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune. Baden-Baden: Nomos
- Roth, Roland 2017: Nutzen und Grenzen der Wirkungsorientierung – Hinweise für den zivilgesellschaftlichen Gebrauch. In: BBE Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 11/2017
- Rothschuh, Michael/ Spitzenberger, Elfa 2010: Auf dem Weg zu handlungsbezogenen Theorien der Gemeinwesenarbeit. In: Gahleitner, Silke et al. (Hrsg.) 2010: Disziplin und Profession Sozialer Arbeit. Entwicklungen und Perspektiven. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich S. 77-93
- Sauter, Matthias 2015: Integrierte Stadt(teil)entwicklung durch intermediäre Sozialraumkoordinatoren_innen. Erfahrungen mit dem Modellprojekt „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln. In: Knabe, Judith/ van Rießen, Anne/ Blandow, Rolf (Hrsg.) 2015: Städtische Quartiere gestalten. Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat. Bielefeld: transcript, S. 149-166
- Schmidt, Stefan 2015: Nutzen einer wirkungsorientierten Zielsystematik. Bindeglied zwischen Evaluation und Programmsteuerung. In: Susanne Giel/ Katharina Klockgether/ Susanne Mäder (Hrsg.): Evaluationspraxis

- Schnur, Olaf 2016: Urbane Vielfalt und Kohäsion – zwischen Moderne und Postmoderne. Eine Verortung der Forschungsperspektive des vhw. Vhw werkSTADT, 03, März 2016. Professionalisierung – Ansätze – Methoden. Münster: Waxmann, S. 157-173
- Sedlacek, Peter (Hrsg.) 2004: Evaluation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schmidt, Manfred G. 2019: Demokratietheorien. Eine Einführung. 6., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS
- Sprinkart, Peter 2014: Wirkungsanalyse. Quartierbezogene Bewohnerarbeit – Nachbarschaftstreffe. Studien- teil 2. Bericht. München: Sozialreferat der Landeshauptstadt München http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/515_Wirkungsanalyse_Nachbarschaftstreffe.pdf [Zugriffsdatum: 08.08.2017]
- Staub-Bernasconi, Silvia 1995: Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international, oder: vom Ende der Bescheidenheit Bern, Stuttgart, Wien
- Stövesand, Sabine 2018: Gemeinwesenarbeit. In: Kessl, Fabian/ Reutlinger, Christian (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: Springer VS, S. 557-579
- Stövesand, Sabine 2019: Gemeinwesenarbeit. In: socialnet Lexikon [online]. Bonn: socialnet, 28.01.2019. Verfügbar unter: <https://www.socialnet.de/lexikon/Gemeinwesenarbeit> [zuletzt abgerufen am 13.12.2019]
- Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Ueli (Hrsg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit, Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Opladen, Berlin und Toronto: Barbara Budrich, S. 14-36
- Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Ueli (Hrsg.) 2013: Handbuch Gemeinwesenarbeit, Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Opladen, Berlin und Toronto: Barbara Budrich
- Stoik, Christoph 2012: Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung – Ein „entweder-oder“ oder ein „sowohl-als auch“? In: sozialraum.de, 4, 1. Internet: <http://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-und-sozialraumorientierung.php> [Zugriffsdatum: 30.05.2016]
- Thole, Werner 2012: Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Trube, Achim 1998: Sozio-ökonomische Analysen zum geldwerten Nutzen von Gemeinwesenarbeit: Untersuchungen am Beispiel des Projekts „Auleben – Landkreis Nordhausen“ im Rahmen des Bundesmodells „Neue Wege der Arbeitsplatzbeschaffung“ (Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). 1. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer
- United Neighborhood Houses 2014: Overcoming the Odds – The Settlement House Advantage in New York. http://www.unhny.org/_literature_224980/Settlement_House_Advantage_Full_Report [Zugriffsdatum: 10.01.2019]
- Univation (2009): Das A-B-C- der wirkungsorientierten Evaluation. Glossar – Deutsch/Englisch – der wirkungsorientierten Evaluation. 2., vollständig bearbeitete und ergänzte Auflage. Wolfgang Beywl und Melanie Niestroj. Köln: Univation – Institut für Evaluation GmbH Dr. Beywl und Associates
- vhw 2019: Leistungsbeschreibung. Projekt: Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung
- Wendt, Wolf Rainer 1990: Geschichte der sozialen Arbeit. 3. überarbeitete Auflage, Stuttgart
- Wiesner, Claudia 2018: Multi-Level-Governance und lokale Demokratie. Politikinnovationen im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS

Anhang: Übersicht über Wirkungsstudien im Bereich Gemeinwesenarbeit

Name der Studie	Sozio-ökonomische Analysen zum geldwerten Nutzen von GWA –Modellprojekt „Neue Wege der Arbeitsplatzbeschaffung“ (Beispiel: Auleben)	Overcoming the Odds – The Settlement House Advantage in New York	Evaluation des Modellprojekts „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“	Wirkungsanalyse der quartiersbezogenen Bewohnerarbeit – Nachbarschaftstreffe in München
Zeitraum	1998	2014	2008 und 2010/11	2010-2014
Auftraggeber*in	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	United Neighborhood Houses New York	AG der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsverbände	Landeshauptstadt München, Sozialreferat
Durchführende	Universität Siegen Prof. Dr. Achim Trube	Prof. Dr. Mimi Abramowitz, Silberman School of Social Work at Hunter College, City University of New York	Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB), Universität Duisburg-Essen	Prof. Dr. Sprinkart Hochschule München
Ziele	Bewertung der Effektivität und Effizienz der Leistungen der durch die öffentliche Hand geförderten Projekte	Überprüfung der UNH Settlement House-Prinzipien (Embeddedness, Multiple point of entry, Reciprocity, Community Building) und Settlement House Advantages/main outcomes (Sense of belonging, Sense of efficacy, Sense of possibility)	Arbeit der Sozialraumkoordinator*innen in elf Kölner Gebieten evaluieren; Verankerung einer ressort- und fachübergreifenden Praxis von Verwaltung und freien Trägern: 1. Verbesserte Integration 2. Verstärkte Partizipation 3. Optimierte Hilfen und Angebote 4. Wirtschaftlicher Mitteleinsatz 5. Optimierte Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> Angebot der Nachbarschaftstreffe für Erreichen zentraler Ziele der Stadtgesellschaft wirkungsorientiert zu evaluieren und weiterzuentwickeln Möglichkeiten und Voraussetzungen für wirkungsorientierte Steuerung des Produktportfolios und Mitteleinsatzes des Sozialreferats zu klären und ggf. weiterzuentwickeln
Methodik	<ul style="list-style-type: none"> Kosten- Nutzen-Analyse zum monetären Wert der Tätigkeiten im Gemeinwesen Gegenüberstellung Kosten Vor-Ort-Arbeit und Nutzen Tätigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> Umfangreiche quantitative Befragung von 3000 Nutzer*innen von Nachbarschaftshäusern Partizipative und iterative Fragebogenentwicklung und Mitarbeiterschulung in 25 Einrichtungen Statistische Datenanalyse (SPSS) 	<ul style="list-style-type: none"> Methodenmix Überwiegend diskursive Arbeitsmethoden der qualitativen Sozialforschung Dokumentenanalyse, schriftliche Befragung, Telefoninterviews, Reflexionsworkshops 	<ul style="list-style-type: none"> Befragung aller relevanter Stakeholder (Akteure, Bewohner*innen, Nutzer*innen) Qualitative und quantitative Erhebung Modellierung Social Impact Investing und Soziale Rendite
Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> Berechnung des monetären Werts der Leistungen nach sog. Nutzenparametern – drei Varianten von Ertragskalkül Gemeinwesenrendite zwischen 3 und 9,9 Punkten waren erzielbar Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erbringen dreizehnfachen Ertrag im Vergleich zu aufgewandten Kosten 	<ul style="list-style-type: none"> Einrichtungen haben einen Multiplikationseffekt und tragen zum Wohl der ganzen Stadt New York bei u.a. hohe Werte in Bezug auf Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit – allerdings weniger ausgeprägt bei ökonomisch Benachteiligten Weiterführung und Ausbau der Lobbyarbeit für Nachbarschaftshäuser und ihre Nachbarschaft 	<p>Ausgewählte Befunde der Evaluation:</p> <ul style="list-style-type: none"> Verbesserung der Lebensbedingungen in den Sozialraumgebieten Verbesserung der bewohnerorientierten Angebote und Hilfen Initiierung vielfältiger bürgerorientierter Projekte Qualität und Angebot der Hilfen deutlich erhöht Stärkung von Kooperations- und Netzwerkstrukturen Gewährleistung eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes 	<ul style="list-style-type: none"> Nachbarschaftstreffe wirken –veranschaulicht durch Geschichten, Beobachtungen, konkrete Beispiele Unzureichende Ausstattung der NBT gefährdet ihren Erfolg Verantwortlichkeit für „Sozialraum Nachbarschaft“ im Sozialreferat klären Steuerung des Produkts zu wenig wirkungsorientiert – konzeptionelle Mängel – insbes. Administration

Quelle: Eigene Darstellung nach Riede 2017a